

Fachtagung im Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg am 23.10.2019 – Forum I - OLG Brandenburg, Leitlinien

Referent: Richter am Oberlandesgericht Jens Gutjahr, Brandenburg a. d. Havel

Erläuterungen und Rechtsprechung zu den Unterhaltsleitlinien des Brandenburgischen Oberlandesgerichts, Stand 1.1.2019 - Schwerpunkt Kindesunterhalt - *(Zitate aus den Leitlinien sind kursiv gesetzt)*

Unterhaltsrechtlich maßgebendes Einkommen

Es ist nicht Aufgabe des Tatrichters, sich wesentlichen Vortrag der Beteiligten aus den **eingereichten Anlagen** zusammenzusuchen.

BGH, Beschluss vom 9.7.2014 – XII ZB 661/12 Rn. 31
NJW 2014, 2785 = FamRZ 2014, 1536

Mithin sind die sich aus Anlagen ergebenden für die Unterhaltsberechnung wesentlichen Zahlen und Daten **schriftsätzlich aufzubereiten**. Soweit das Gericht Auflagen erteilt, macht es dies oft dadurch deutlich, dass es nicht lediglich aufgibt, bestimmte Angaben zu belegen, sondern ausdrücklich bestimmt, dass die Angaben **darzulegen und zu belegen** sind.

1. Geldeinnahmen

1.1 Regelmäßiges Bruttoeinkommen einschl. Renten und Pensionen
Zum Bruttoeinkommen gehören alle Einkünfte und geldwerten Vorteile, zum Beispiel Arbeitsverdienst (inklusive anteiligen Urlaubs- und Weihnachtsgeldes sowie sonstiger Einmalleistungen, anteilig auf den Monat umgelegt), Renten und Pensionen.

Eine **zeitlich gestufte Berechnung** kann geboten sein, wenn sich Zeiten der Erwerbstätigkeit mit Zeiten der Arbeitslosigkeit abwechseln. Dann ist für die in der Vergangenheit liegenden Zeiten kein durchschnittliches Einkommen zu ermitteln, sondern der Unterhaltsanspruch für verschiedene Zeitabschnitte getrennt zu bemessen.

BGH, Urteil vom 9.1.2008 - XII ZR 170/05
FamRZ 2008, 594ff. Rn 18

Die Leistungsfähigkeit eines Unterhaltspflichtigen ist für in der Vergangenheit liegende Unterhaltszeiträume grundsätzlich nach den in dieser Zeit tatsächlich erzielten Einkünften zu bestimmen. Aus Vereinfachungsgründen können unter Umständen **Jahresdurchschnittsbeträge** gebildet werden. Wechselt die Einkunftsart im Laufe des Kalenderjahres (durch Verlust des Arbeitsplatzes/Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit) ist auch **für die Zukunft** nicht mit den im letzten abgeschlossenen Kalenderjahr erzielten Durchschnittseinkommen zu rechnen, sondern an die zuletzt monatlich erzielten Einkünfte anzuknüpfen. Bei **rückständigen Unterhaltsforderungen** kann eine Berechnung der Einkünfte nach einem Jahresdurchschnitt nur aus Vereinfachungsgründen in Betracht kommen. Die Berechnung nach dem Jahresschnitt dient hingegen nicht dazu, dem Unterhaltspflichtigen über ein gesamtes Kalenderjahr trotz schwankender Einkünfte den

eigenen notwendigen Selbstbehalt zu erhalten. Bei einer Verbesserung der Einkommensverhältnisse infolge der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erhöht sich die Leistungsfähigkeit deshalb ab dem Monat, in dem das höhere Einkommen erzielt wird.

OLG Dresden, Beschluss vom 15.1.2014 – 20 WF 12/14
FamRZ 2014, 1471 = NJW-RR 2014, 452

Die Höhe eines von einem Beteiligten **regelmäßig bezogenen Trinkgeldes** ist grundsätzlich der **Schätzung nach § 287 ZPO** zugänglich.

OLG Düsseldorf, Urteil vom 7. 12. 2006 - 9 UF 67/06
FamRZ 2007, 1039 = NJW-RR 2007, 794

Die Zurechnung zusätzlicher fiktiver Trinkgelder von monatlich zumindest 200,00 bis 250,00 EUR netto für eine in einem **Friseursalon** tätige Ehefrau scheidet mangels hinreichender Schätzgrundlagen aus, da eine hinsichtlich Grund und Höhe einheitliche **Trinkgeldpraxis** in Friseursalons soweit ersichtlich nicht besteht.

OLG Hamm, Beschluss vom 16.01.2014 – II-3 UF 244/13
FamRZ 2014, 1468 = BeckRS 2014, 05709

Trägt der erwerbstätige Ehegatte, von dem der andere behauptet, er habe zusätzliche Einkünfte in Form von Trinkgeld, konkret und hinreichend substantiiert einen anderen Sachverhalt vor und stellt diesen in zulässiger Weise unter Beweis, muss dem **Beweisantritt** nachgegangen werden, bevor eine Beweiswürdigung, gegebenenfalls unter Heranziehung allgemeiner Erfahrungssätze, vorgenommen wird.

BGH, Urteil vom 07.11.1990 - XII ZR 123/89
NJW 1991, 697, 698 = FamRZ 1991, 182, 184

OLG Brandenburg, Beschluss vom 14.11.2012 - 3 WF 126/12
BeckRS 2014, 07034

Die Rente tritt grundsätzlich als Surrogat an die Stelle des früheren Erwerbseinkommens des rentenberechtigten Ehegatten. Dies gilt auch bei **vorzeitiger Aufgabe der Erwerbstätigkeit**, wenn der Wegfall der Erwerbseinkünfte nicht auf einer Verletzung der Erwerbsobliegenheit beruht, weil die Erwerbstätigkeit schon während der intakten Ehe **im Einvernehmen** mit dem anderen Ehegatten **aus gesundheitlichen Gründen** aufgegeben wurde.

BGH, Urteil v. 4.7.2007 - XII ZR 141/05
FamRZ 2007, 1532ff. Rn 21

Nach den Maßstäben **unterhaltsbezogener Mutwilligkeit** oder Leichtfertigkeit ist auch die Frage zu beurteilen, ob der Unterhaltspflichtige sein Einkommen durch die **Inanspruchnahme von Altersteilzeit oder von Vorruhestandsregelungen** reduzieren darf. Bei der Vereinbarung von Altersteilzeit wird eine unterhaltsbezogene Mutwilligkeit regelmäßig nicht vorliegen, wenn der Bedarf des Unterhaltsberechtigten schon durch eigene Einkünfte und einen gegebenenfalls fortbestehenden Unterhaltsanspruch auf einem **relativ hohen Niveau sichergestellt** ist. Im Übrigen wird die Vereinbarung von Altersteilzeit dann gerechtfertigt sein, wenn sich der Unterhaltspflichtige dafür auf **betriebliche, persönliche oder gesundheitliche Gründe** berufen kann, die bei einer Gesamtabwägung aller

Umstände eine mit der Reduzierung seines Einkommens verbundene Einschränkung seiner Erwerbstätigkeit auch gegenüber dem Unterhaltsberechtigten als angemessen erscheinen lässt. Ähnliche Maßstäbe gelten auch für Vereinbarungen, durch die ein Unterhaltspflichtiger seinen Arbeitsplatz wegen der Möglichkeit des Zugangs zu einem vorgezogenen Altersruhegeld bereits vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze aufgibt. In diesen Fällen kann es auch darauf ankommen, inwieweit es dem Unterhaltspflichtigen möglich ist, das Niveau seines bisherigen Erwerbseinkommens über seine Frühpensionierung hinaus durch eine **andere berufliche Tätigkeit** oder durch die Umlage einer **Entschädigung für den Verlust seines Arbeitsplatzes** bis zum Erreichen der für ihn maßgeblichen Regelaltersgrenze zu halten.

BGH, Urt. v. 11.7.2012 – XII ZR 72/10 Rn. 30
 NJW 2012, 3434

1.2 Unregelmäßiges Einkommen

Höhere einmalige Zahlungen (z.B. Jubiläumszuwendungen) können auf einen längeren Zeitraum als ein Jahr verteilt werden. Abfindungen sind zur Wahrung der bisherigen Lebensverhältnisse in der Regel auf einen angemessenen Zeitraum umzulegen.

Hat der Unterhaltspflichtige nach dem – unterhaltsrechtlich nicht vorwerfbaren – Verlust seines Arbeitsplatzes eine Abfindung erhalten und hat er im Anschluss daran eine **neue Arbeitsstelle mit dauerhaft geringerem Einkommen** gefunden, so ist die Abfindung bis zur Höchstgrenze des Bedarfs auf Grund des früheren Einkommens grundsätzlich für den Unterhalt zu verwenden. Ob eine **Aufstockung bis zum bisherigen Einkommen** geboten ist und der bisherige Lebensstandard vollständig aufrechterhalten werden muss, beurteilt sich nach den **Umständen des Einzelfalls** unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen, insbesondere auch nach der vom Unterhaltspflichtigen zu erwartenden weiteren Einkommensentwicklung.

BGH, Urt. v. 18.04.2012 – XII ZR 65/10
 NJW 2012, 1868 = FamRZ 2012, 1040

Für die Verwendung einer arbeitsrechtlichen Abfindung zur Aufstockung des für die Bemessung des **Unterhaltsbedarfs minderjähriger Kinder** maßgeblichen Einkommens des Unterhaltspflichtigen gelten grundsätzlich die gleichen Anforderungen wie beim Ehegattenunterhalt.

BGH, Urt. v. 18.04.2012 – XII ZR 66/10
 NJW 2012, 1873 = FamRZ 2012, 1048

Die Abfindung, die aus Anlass der Auflösung eines Beschäftigungsverhältnisses im Alter von 59 Jahren gezahlt worden ist, dient als Ersatz des fortgefallenen Arbeitseinkommens dazu, die bisherigen wirtschaftlichen Verhältnisse **bis zum Eintritt in das Rentenalter** aufrechterhalten zu können. Sie ist deshalb mit ihrem - ggf. unter Außerachtlassung des Splittingvorteils zu ermittelnden - Nettobetrag in das unterhaltsrelevante Einkommen einzubeziehen.

BGH, Urteil v. 28.3.2007 - XII ZR 163/04
 FamRZ 2007, 983ff. Rn 36

1.3 Überstunden

Überstundenvergütungen werden dem Einkommen zugerechnet, soweit sie in geringem Umfang anfallen oder berufsmäßig sind.

In Mangelfällen erfolgt die Zurechnung unabhängig von Umfang und Berufsmäßigkeit. Im Übrigen ist die Zurechnung unter Berücksichtigung des Einzelfalles nach Treu und Glauben zu beurteilen.

Diese Grundsätze gelten auch für Einkünfte aus einer Nebentätigkeit.

1.4 Spesen und Auslösungen

Spesen und Auslösungen werden dem Einkommen zugerechnet, soweit dadurch eine Ersparnis eintritt oder Überschüsse verbleiben. Im Zweifel kann davon ausgegangen werden, dass eine Ersparnis eintritt oder Überschüsse verbleiben, die mit einem Drittel der Nettobeträge zu bewerten und insoweit dem Einkommen zuzurechnen sind.

1.5 Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit

Bei Ermittlung des Einkommens eines Selbstständigen ist in der Regel von dem Gewinn dreier aufeinander folgender Geschäftsjahre auszugehen. Für zurückliegende Zeiträume können die in dem jeweiligen Kalenderjahr erzielten Einkünfte maßgebend sein (vgl. BGH, FamRZ 2007, 1532 ff. Rn 23).

1.6 Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen

Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen sind nach Abzug der zur Erzielung dieser Einnahmen notwendigen Ausgaben als Einkommen zu berücksichtigen. Bei schwankenden Einnahmen ist auf den Durchschnitt mehrerer Jahre abzustellen. Für zurückliegende Zeiträume können die in dem jeweiligen Kalenderjahr erzielten Einkünfte maßgebend sein (vgl. BGH, FamRZ 2007, 1532 ff. Rn 23).

Mieteinnahmen sind nicht durchweg nach einem Mehrjahresdurchschnitt zu ermitteln. Während die Bemessung eines Unterhaltsanspruchs für die Zukunft stets auf einer **Einkommensprognose** beruht, ist für die in der Vergangenheit liegenden Unterhaltszeiträume stets von den in dieser Zeit tatsächlich erzielten Einkünften auszugehen, wobei zur Vereinfachung der Berechnung von einem **Jahresdurchschnitt** ausgegangen werden kann. Von durchschnittlichen Einkünften aus mehreren Jahren darf das Gericht hingegen nur dann ausgehen, wenn es den rückständigen Unterhalt für diese Gesamtzeit ermittelt oder der laufende Unterhaltsanspruch auf der Grundlage einer Einkommensprognose ermittelt werden muss.

BGH, Urteil v. 4.7.2007 - XII ZR 141/05
FamRZ 2007, 1532ff. Rn 23

1.7 Steuererstattungen

Steuererstattungen finden in der Regel in dem Jahr, in dem sie anfallen, Berücksichtigung, ebenso Steuernachzahlungen. Sie können für die nachfolgenden Jahre fortgeschrieben werden, wenn die Bemessungsgrundlagen im Wesentlichen unverändert geblieben sind.

Nach Auffassung des 3. Familiensenats sind Steuererstattungen oder -nachzahlungen stets in dem Jahr zu berücksichtigen, das dem Steuerjahr folgt. Bei Selbstständigen setzt der 3. Familiensenat in der Regel die für die Geschäftsjahre geschuldeten Steuern an, die der Unterhaltsberechnung zu Grunde gelegt werden.

Die in einem Jahr geflossene Steuerrückzahlung ist grundsätzlich bei der Bemessung des in diesem Jahr geschuldeten Unterhalts zu berücksichtigen (**In-Prinzip**).

BGH, Urteil vom 6.2.2008 - XII ZR 14/06
FamRZ 2008, 968ff. Rn 41

Bei **Zusammenveranlagung zweier Ehegatten** kann – vorbehaltlich einer unter Umständen vorzunehmenden fiktiven Steuerberechnung - die Steuererstattung einem Ehegatten allein zugerechnet werden, wenn angenommen werden kann, dass die Steuererstattung allein auf dem steuerpflichtigen Einkommen dieses Ehegatte beruht, etwa wenn der andere Ehegatte in dieser Zeit nicht erwerbstätig war.

BGH, Urteil vom 6.2.2008 - XII ZR 14/06
FamRZ 2008, 968ff. Rn 41

Bei einer nach Trennung von **Ehegatten** fällig gewordenen Steuerschuld hat der BGH im Hinblick auf den Gesamtschuldnerausgleich entschieden, dass die **Aufteilung** nach dem Verhältnis der Steuerbeträge vorgenommen wird, die jeder Ehegatte nach dem **Grundtarif** auf seine Einkünfte zu entrichten hätte.

BGH, Urteil v. 31.5.2006 - XII ZR 111/03
FamRZ 2006, 1178, 1180

Diese Aufteilung liegt auch nahe, wenn im **Unterhaltsprozess** einer Partei eine Steuererstattung zugerechnet werden soll.

Vgl. BGH, Urteil v. 14.3.2007 - XII ZR 158/04
FamRZ 2007, 882ff. Rn 31

Zwingend ist das aber nicht. Der BGH hat nämlich noch eine zweite – **einfachere** - **Möglichkeit** aufgezeigt: die Aufteilung der Steuerschuld nach dem Verhältnis der steuerpflichtigen Einkünfte beider Ehegatten.

BGH, Beschluss vom 3.11.2004 – XII ZB 165/00
FamRZ 2005, 104

vgl. auch BGH, Urteil vom 21.6.2006 – XII ZR 147/04
FamRZ 2006, 1182

2. Sozialleistungen

2.1 Arbeitslosengeld und Krankengeld
Arbeitslosengeld gemäß § 136 SGB III ist ebenso Einkommen wie Krankengeld.

2.2 Leistungen nach dem SGB II
Arbeitslosengeld II nach dem SGB II ist auf Seiten des Unterhaltspflichtigen Einkommen. Beim Unterhaltsberechtigten sind subsidiäre Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach §§ 19 ff. SGB II kein Einkommen. Jedoch kann seine Unterhaltsforderung bei Nichtberücksichtigung solcher Leistungen in Ausnahmefällen treuwidrig sein (BGH, FamRZ 1999, 843; FamRZ 2001, 619). Nicht subsidiäre Leistungen nach dem SGB II sind Einkommen.

2.3 Wohngeld

Wohngeld ist Einkommen, soweit es nicht erhöhte Wohnkosten deckt (vgl. BGH, FamRZ 2012, 1201 Rn. 15; FamRZ 1982, 587).

2.4 BAföG

BAföG-Leistungen sind mit Ausnahme von Vorausleistungen nach §§ 36, 37 BAföG als Einkommen anzusehen, auch soweit sie als Darlehen gewährt werden.

Auf den Unterhaltsbedarf muss sich der Auszubildende etwaige **BAföG-Leistungen als Einkommen** anrechnen lassen. Ihn trifft auch die **Obliegenheit**, diese **Leistungen zu beantragen**.

OLG Koblenz, Beschluss vom 17.05.2017 – 13 UF 80/17
BeckRS 2017, 136346 = FamRZ 2017, 2018

Unterlässt das studierende Kind die **zumutbare Inanspruchnahme eines BAföG-Darlehens**, führt dies zur Zurechnung von **fiktiven Einkünften** in Höhe des möglichen Darlehensanspruchs und mindert so die unterhaltsrechtliche Bedürftigkeit des Kindes.

OLG Koblenz Beschl. v. 7.3.2018 – 13 UF 618/17
BeckRS 2018, 27380 = FamRZ 2018, 1666

Die Begrenzung des **Anspruchsübergangs nach § 37 BAföG** auf das nach §§ 11, 21 ff. BAföG **anzurechnende Einkommen der Eltern** ist vom Familiengericht in vollem Umfang zu prüfen. Darlegungs- und **beweisbelastet** ist der Unterhaltspflichtige.

OLG Koblenz Beschl. v. 7.3.2018 – 13 UF 618/17
BeckRS 2018, 27380 = FamRZ 2018, 1666

2.5 Elterngeld

Elterngeld ist nach Maßgabe des § 11 BEEG Einkommen.

2.6 Unfall- und Versorgungsrenten

Unfall- und Versorgungsrenten sind nach Abzug eines Betrages für tatsächliche Mehraufwendungen unterhaltsrechtlich als Einkommen heranzuziehen. § 1610a BGB ist zu beachten.

Leistungen nach § 16 I HIVHG bleiben bei der Unterhaltsbemessung stets **unberücksichtigt** (im Anschluss an BGH, NJW-RR 2014, 1089 = FamRZ 2014, 1619 zur **Conterganrente**).

BGH, Beschluss vom 04.07.2018 – XII ZB 448/17
NJW 2018, 2638 = FamRZ 2018, 1506

2.7 Leistungen aus der Pflegeversicherung, Blindengeld u. Ä.

Leistungen aus der Pflegeversicherung, Blindengeld, Schwerbeschädigten- und Pflegezulagen sind nach Abzug eines Betrages für tatsächliche Mehraufwendungen unterhaltsrechtlich als Einkommen heranzuziehen. § 1610a BGB ist zu beachten.

2.8 Pflegegeld

Der Anteil des Pflegegeldes, durch den ihre Bemühungen abgegolten werden, ist Einkommen der Pflegeperson. Bei Pflegegeld aus der Pflegeversicherung gilt dies nach Maßgabe von § 13 Abs. 6 SGB XI (vgl. BGH, FamRZ 2006, 846).

Pflegegeld ist nach § 13 Abs. 6 Satz 1 SGB XI bei der Ermittlung von Unterhaltsverpflichtungen des Unterhaltsschuldners als Pflegeperson **grundsätzlich nicht zu berücksichtigen**. Eine **Ausnahme** sieht das Gesetz nur dann vor, wenn ein Fall des § 1603 Abs. 2 BGB vorliegt (§ 13 Abs. 6 Satz 2 Nr. 1 SGB XI), die Pflegeperson also der **gesteigerten Unterhaltspflicht** unterliegt.

OLG Stuttgart, *Beschluss* vom 3.8.2017 – 16 UF 118/17
BeckRS 2017, 120063 Rn. 35 = FamRZ 2018, 27, 29

2.9 Grundsicherung beim Verwandtenunterhalt
Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, §§ 41 bis 43 SGB XII, sind auf Seiten des Unterhaltsberechtigten nur gegenüber Eltern und Kindern Einkommen.

2.10 Sozialhilfe
Sozialhilfe nach dem SGB XII ist kein Einkommen. Bezieht der Unterhaltsberechtigte eine solche Sozialhilfe, kann seine Unterhaltsforderung in Ausnahmefällen treuwidrig sein (vgl. BGH, FamRZ 1999, 843; FamRZ 2001, 619).

2.11 Unterhaltsvorschuss
Leistungen nach dem UVG sind kein Einkommen. Bezieht der Unterhaltsberechtigte Unterhaltsvorschuss, kann seine Unterhaltsforderung in Ausnahmefällen treuwidrig sein (vgl. BGH, FamRZ 1999, 843; FamRZ 2001, 619).

3. Kindergeld

Kindergeld ist kein Einkommen der Eltern (vgl. auch Nr. 14).

4. Geldwerte Zuwendungen des Arbeitgebers

Geldwerte Zuwendungen des Arbeitgebers, z.B. Firmenwagen, freie Kost, kostenlose oder verbilligte Wohnung, sind Einkommen, soweit dadurch entsprechende Eigenaufwendungen erspart werden.

5. Wohnvorteil

Wohnt der Unterhaltsberechtigte oder der Unterhaltspflichtige im eigenen Haus oder in der ihm gehörenden Eigentumswohnung, so stellt der Vorteil des mietfreien Wohnens Einkommen dar. Neben dem Wohnvorteil sind auch Zahlungen nach dem Eigenheimzulagengesetz anzusetzen. Der Wohnwert errechnet sich regelmäßig unter Zugrundelegung des üblichen Entgelts für ein vergleichbares Objekt. Er kann im Einzelfall auch darunter liegen (vgl. BGH, FamRZ 1998, 899; FamRZ 2000, 950). Insbesondere beim Trennungsunterhalt kommt der volle Wohnwert regelmäßig erst dann zum Tragen, wenn nicht mehr mit einer Wiederherstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft zu rechnen ist und auch dem in der Wohnung verbliebenen Ehegatten eine Verwertung zugemutet werden kann. Das ist meist ab Zustellung des Scheidungsantrags anzunehmen (vgl. BGH, FamRZ 2008, 963). Kosten, mit denen ein Mieter üblicherweise nicht belastet wird, sind abzusetzen (vgl. BGH, FamRZ 2009, 1300).

Geht es um die Leistungsfähigkeit eines Unterhaltspflichtigen **gegenüber einem minderjährigen Kind**, ist die Höhe des Wohnwerts grundsätzlich mit der bei einer **Fremdvermietung** erzielbaren objektiven Marktmiete zu bemessen.

BGH, *Beschluss* vom 19.03.2014 – XII ZB 367/12, Rn. 19,

FamRZ 2014, 923

Der Einholung eines Sachverständigengutachtens über die erzielbare Marktmiete bedarf es regelmäßig nicht, wenn das Gericht die wertbildenden Faktoren wie Wohnfläche und Ausstattung unter Einschluss der getätigten Investitionen als auch die Lage des Objekts in hinreichendem Umfang in seine **Schätzung nach § 287 ZPO** einbezieht.

BGH, Urteil vom 16.4.2008 - XII ZR 107/06 -,
FamRZ 2008, 1325ff. Rn 17

Neben den Zinsen sind die **Tilgungsleistungen bis zur Höhe des Wohnvorteils** vom Einkommen des **Elternunterhaltspflichtigen** abzuziehen, ohne dass dies seine Befugnis zur Bildung eines zusätzlichen Altersvorsorgevermögens schmälert.

Der den **Wohnvorteil dann noch übersteigende Tilgungsanteil** ist als Vermögensbildung zulasten des Unterhaltsberechtigten im Rahmen der **sekundären Altersvorsorge** auf die Altersvorsorgequote von 5 % des Bruttoeinkommens des Elternunterhaltspflichtigen anzurechnen.

BGH, *Beschluss* vom 18.1.2017 – XII ZB 118/16
NJW 2017, 1169 = BeckRS 2017, 102359 = FuR 2017, 258 = FamRZ 2017, 519

Anmerkungen zur Entscheidung:

Hauß, FamRZ 2017, 523
Seiler, FamRB 2017, 170
Reinken, NJW 2017, 1172
Norporth, NZFam 2017, 307
Engels, FF 2017, 325

Vgl. nun auch BGH, *Beschluss* vom 04.07.2018 – XII ZB 448/17 Rn. 31
NJW 2018, 2638 = FamRZ 2018, 1506

Finke, FF 2019, 1

6. Haushaltsführung

Führt jemand einem leistungsfähigen Dritten den Haushalt, so ist hierfür ein Einkommen anzusetzen.

7. Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit

Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit kann nach Billigkeit ganz oder teilweise unberücksichtigt bleiben.

8. Freiwillige Zuwendungen Dritter

Freiwillige Zuwendungen Dritter sind nur Einkommen, wenn dies dem Willen des Dritten entspricht.

9. Erwerbsobliegenheit und Einkommensfiktion

Wird die Erwerbsobliegenheit verletzt, sind fiktive Einkünfte anzurechnen, die nach Alter, Vorbildung und beruflichem Werdegang erzielt werden können.

Kann der Unterhaltsschuldner nach eigener Darlegung mit seinem „**offiziellen**“ **Einkommen** seinen **Lebensunterhalt nicht bestreiten**, ist die Schlussfolgerung berechtigt, dass sich die

Tätigkeit entweder als „**Liebhabe**rei“ darstellt oder dass **tatsächlich höhere Einkünfte** erzielt werden.

OLG Hamm, Beschluss vom 10.4.2018 – II-1 UF 186/17
 NJW 2018, 2575 = FamRZ 2018, 1311

Es obliegt dem Unterhaltspflichtigen, einen mit einer - vorübergehenden - **rückläufigen** Entwicklung seiner **Einkünfte** verbundenen **Plan** erst dann zu **verwirklichen**, wenn er in geeigneter Weise, etwa durch Bildung von **Rücklagen** oder durch Aufnahme eines Kredits, sichergestellt hat, dass er seine Unterhaltspflichten auch bei vorerst geringeren Einkünften weiter erfüllen kann. Dies gilt auch im Verhältnis zu einem **volljährigen Kind**.

OLG Koblenz Beschl. v. 7.3.2018 – 13 UF 618/17
 BeckRS 2018, 27380 = FamRZ 2018, 1666

Setzt der Unterhaltspflichtige seine Arbeitskraft nicht in gebotenem Umfang ein, muss er sich **fiktive Einkünfte** anrechnen lassen, die er durch eine zumutbare Erwerbstätigkeit erzielen könnte. Er ist dann gehalten, seine **selbstständige Tätigkeit** zugunsten einer Tätigkeit im Angestelltenverhältnis **aufzugeben**.

OLG Hamm, Beschluss vom 10.4.2018 – II-1 UF 186/17
 NJW 2018, 2575 = FamRZ 2018, 1311

Die Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners wird gerade im Rahmen von § 1603 Abs. 2 BGB nicht nur durch sein tatsächlich vorhandenes Einkommen, sondern auch durch seine Erwerbsfähigkeit und seine **Erwerbsmöglichkeiten** bestimmt. Dabei kann von **Selbstständigen** u.U. verlangt werden, dass sie ihre Tätigkeit, wenn über Jahre hinweg **nur Verluste erwirtschaftet** wurden oder sonst eine nachhaltige Sicherung des Unterhalts ausgeschlossen ist, aufgeben. Dabei sind alle **Umstände des Falles** sorgfältig abzuwägen und dem Unterhaltspflichtigen ist zusätzlich eine **Karenzzeit** zuzubilligen, die **bis zu zwei Jahre** betragen kann. Zu den Umständen des Einzelfalles, die zu berücksichtigen sind, gehören die **unverschuldete Arbeitslosigkeit**, die der Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit vorausgegangen ist und die zu diesem Zeitpunkt noch nicht bestehende Unterhaltspflicht gegenüber dem noch im eigene Haushalt lebenden Kind.

OLG Dresden, *Beschluss* vom 04.12.2015 - 20 UF 875/15
 BeckRS 2015, 20535 = FamRZ 2016, 1172

Die **Darlegungs- und Beweislast** für die **Leistungsunfähigkeit** trifft zunächst den Verpflichteten. Dies gilt grundsätzlich für sämtliche Umstände, die zu einer Einschränkung der Leistungsfähigkeit führen können, insbesondere für das Fehlen einer **realen Beschäftigungsmöglichkeit** sowie den Einwand der **Unzumutbarkeit einer Nebentätigkeit**. Hat der Unterhaltspflichtige ausreichend **substantiiert konkrete Umstände vorgetragen**, die eine Einschränkung seiner Leistungsfähigkeit ergeben können, sind die Gerichte allerdings im Rahmen der Zumutbarkeitsprüfung gehalten, ein **fiktives Einkommen** ausgehend von den vorgetragenen Umständen **realitätsgerecht festzustellen** und zu begründen.

BVerfG, *Beschluss* vom 27.08.2014 - 1 BvR 192/12 Rn. 18
 BeckRS 2014, 57437 = FamRZ 2014, 1977

Um den Anforderungen an die **Darlegungs- und Beweislast** zu genügen, muss der Unterhaltsschuldner in nachprüfbarer Weise vortragen, welche **Schritte er im Einzelnen** unternommen hat, und diese **dokumentieren**.

OLG Hamm, Beschluss vom 10.4.2018 – II-1 UF 186/17
 NJW 2018, 2575 = FamRZ 2018, 1311

Das Gericht muss grundsätzlich Feststellung zu den tatsächlich erzielten Einkünften, den aus einer (Aushilfs)Tätigkeit **erzielbaren Einkünften** und den **aktuellen Mindestlöhnen** der verschiedenen Branchen unter Berücksichtigung der vom Unterhaltsschuldner **dargelegten Erwerbsbiografie** und seinen **persönlichen Umständen** treffen. Soweit die Ausübung einer **Nebentätigkeit** für zumutbar gehalten wird, muss erkennbar sein, von welcher **zeitlichen Beanspruchung** und von welchem **Stundensatz** das Gericht für die Ausübung der Nebentätigkeit neben der von ihm angenommenen Vollzeittätigkeit ausgegangen ist.

BVerfG, *Beschluss* vom 27.08.2014 - 1 BvR 192/12 Rn. 22
 BeckRS 2014, 57437 = FamRZ 2014, 1977

Auch wenn der Unterhalt auf Grund eines – wegen Verletzung der Erwerbsobliegenheit – lediglich **fiktiven Einkommens** festzusetzen ist, trifft den Unterhaltsschuldner eine **Obliegenheit** zur Ausübung einer **Nebentätigkeit** im selben Umfang wie einen seine Erwerbsobliegenheit erfüllenden Unterhaltsschuldner.

BGH, Beschluss vom 22.1.2014 – XII ZB 185/12 Rn. 18
 NJW 2014, 932 = FamRZ 2014, 637

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze ist der Unterhaltspflichtige im Rahmen der gesteigerten Erwerbsobliegenheit nicht nur verpflichtet, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Vielmehr muss er seine **Arbeitskraft** entsprechend seiner Vorbildung, seiner Fähigkeiten und der Arbeitsmarktlage **in zumutbarer Weise bestmöglich** einsetzen. Mithin wird die Leistungsfähigkeit eines Unterhaltspflichtigen nicht nur durch die tatsächlich vorhandenen, sondern auch durch solche Mittel bestimmt, die er bei gutem Willen durch eine zumutbare Erwerbstätigkeit, u. U. auch im Wege eines **Orts-, Arbeitsplatz- oder Berufswechsels**, erreichen könnte. Auch ein **bereits vollschichtig Berufstätiger** muss sich um eine besser dotierte Tätigkeit bemühen, wenn er für den Mindestunterhalt nicht leistungsfähig ist. Vor diesem Hintergrund ist gerade im Rahmen der gesteigerten Erwerbsobliegenheit der Unterhaltspflichtige, der einer Erwerbstätigkeit nachgeht, die ihn nicht in die Lage versetzt, den Mindestunterhalt für ein minderjähriges Kind zu zahlen, gehalten, das **Vorbringen des Unterhaltsberechtigten** zu dem bei ausreichenden Bemühungen erzielbaren Einkommen zu **widerlegen**. Hierzu ist es regelmäßig erforderlich, die Ausbildung und den **beruflichen Werdegang** darzulegen, um auf dieser Grundlage eine Prüfung zu ermöglichen, ob das Einkommen, das ihm nach Ansicht des Unterhaltsberechtigten zugerechnet werden soll, vom Unterhaltspflichtigen tatsächlich nicht erzielt werden kann.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 12.03.2015 - 10 WF 13/15
 BeckRS 2015, 17582

Bei einem nicht gesundheitlich eingeschränkten Arbeitsfähigen mittleren Alters wird sogar dann, wenn er eine formelle Berufsqualifikation nicht erlangt hat, angenommen, dass er aufgrund der **Tarifverträge im Baugewerbe** zumindest den dort jeweils ausgewiesenen **Mindestlohn als Bauhelfer** erzielen könne (vgl. OLG Celle, Beschluss vom 22.8.2014 - 10 UF 180/14, BeckRS 2014, 16900). Hierbei kann, wenn der Unterhaltsschuldner am

Stadtrand von Berlin wohnt, auf die etwas höheren Mindestlöhne im Land Berlin im Vergleich zu denjenigen im Land Brandenburg abzustellen sein.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 12.03.2015 - 10 WF 13/15
BeckRS 2015, 17582

Ein **Angestellter im Einzelhandel** mit dreijähriger Ausbildung kann bei einer 37,5-Stunden-Woche zwischen 1985 Euro und 2528 Euro brutto erzielen. Der **Ansatz eines mittleren Einkommens** von 2256 Euro ist gerechtfertigt, wenn der Schuldner zwar keine abgeschlossene **Berufsausbildung** hat, aber über sehr viel **Berufserfahrung** verfügt.

OLG Hamm, Beschluss vom 10.4.2018 – II-1 UF 186/17
NJW 2018, 2575 = FamRZ 2018, 1311

Liegen bei geschuldetem Unterhalt für ein minderjähriges Kind beengte wirtschaftliche Verhältnisse des Unterhaltspflichtigen vor, kann dieser zur Vermeidung hoher Fahrtkosten, die durch den Erwerb eines eigenen Pkws entstehen, auf die Benutzung **öffentlicher Verkehrsmittel** verwiesen werden. Dies kann einem Unterhaltspflichtigen jedenfalls dann zugemutet werden, wenn der tägliche **Zeitaufwand** die Dauer von **drei Stunden** nicht übersteigt. Ansonsten kann von einem Unterhaltspflichtigen verlangt werden, dass er gegebenenfalls einen **Wechsel des Wohnorts** in die Nähe seines Arbeitsplatzes vornimmt.

OLG Brandenburg, Beschluss v. 9.1.2018 – 10 UF 104/16
FamRZ 2018, 1000 L

Gegenüber minderjährigen Kindern hat der Unterhaltsschuldner nach § 1603 Abs. 2 Satz 1 BGB alle verfügbaren Mittel – und damit auch den **Vermögensstamm** – zum Unterhalt zu verwenden.

OLG Hamm, Beschluss vom 10.4.2018 – II-1 UF 186/17
NJW 2018, 2575 = FamRZ 2018, 1311

Bei **Geschwistertrennung** erfüllt jeder Elternteil nur gegenüber dem bei ihm befindlichen Kind seine Unterhaltspflicht durch Pflege und Erziehung, § 1606 Abs. 3 Satz 2 BGB. Dem **anderen Kind** ist er grundsätzlich **zum Barunterhalt** verpflichtet, was insbesondere beinhaltet, grundsätzlich das Existenzminimum des vom anderen Elternteil betreuten Kindes sicherzustellen, wenn er dazu nach seinen beruflichen Fähigkeiten ohne Gefährdung seines notwendigen Selbstbehalts in der Lage ist.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 01.12.2015 - 10 WF 104/15
BeckRS 2016, 08421 = FamRZ 2016, 1461

Die gesteigerte Erwerbsobliegenheit des barunterhaltspflichtigen Elternteils bei **guten Einkommensverhältnissen des betreuenden Elternteils** entfällt nicht, wenn dieser für ein weiteres gemeinsames, nicht privilegiertes **volljähriges Kind** aufkommt.

OLG Frankfurt a. M., Beschluss vom 4.4.2018 – 2 UF 135/17
NZFam 2018, 572 = BeckRS 2018, 9095 = FamRZ 2018, 1314

Demjenigen, den eine **erweiterte Unterhaltspflicht** gegenüber minderjährigen Kindern nach

§ 1603 Abs. 2 BGB trifft, obliegt eine gesteigerte Ausnutzung seiner Arbeitskraft, die es ihm ermöglicht, **nicht nur den Mindestbedarf**, sondern auch den **angemessenen Unterhalt** der Kinder sicherzustellen.

BGH, BGH, Urteil vom 09.07.2003 - XII ZR 83/00
 NJW 2003, 3122, 3123 = FamRZ 2003, 1471, 1473

BGH, Urteil vom 31.05.2000 - XII ZR 119/98
 NJW-RR 2000, 1385, 1386 = FamRZ 2000, 1358, 1359).

Es ist dann aber Sache des **Unterhaltsberechtigten**, einen etwa oberhalb des Mindestunterhalts liegenden **angemessenen Unterhalt darzulegen** und gegebenenfalls zu beweisen.

Auch bei der Bemessung des **Unterhaltsbedarfs** eines minderjährigen Kindes können **fiktiv zuzurechnende Einkünfte** zu berücksichtigen sein, wenn der Pflichtige über längere Zeit Einkünfte in entsprechender Höhe tatsächlich erzielt und damit den Lebensunterhalt der Familie bestritten hat. Hier ist es im Rahmen der Darlegungs- und **Beweislast** zunächst **Aufgabe des Antragstellers, seinen Bedarf darzulegen** und dabei im Einzelnen darzustellen, von welchen tatsächlichen oder fiktiven Einkünften (bezogen auf die einzelnen Einkommensarten) er dabei ausgeht und gegebenenfalls vorzutragen, welcher Verstoß gegen die Erwerbsobliegenheit dem Antragsgegner im Einzelnen vorzuwerfen ist. Erst im Anschluss daran stellt sich die Frage der **sekundären Darlegungslast** des Antragsgegners.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 08.11.2016 - 10 UF 107/15
 BeckRS 2016, 124530

Bei **Aufgabe eines Arbeitsplatzes** zugunsten der **Übernahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit**, die sich nachteilig auf die Einkünfte auswirkt, ist zu prüfen, ob der Unterhaltspflichtige eine sich daraus ergebende Leistungsunfähigkeit oder Leistungsminderung selbst schuldhaft herbeigeführt hat. Wer seine **Leistungsunfähigkeit freiwillig herbeigeführt** hat, kann sich nur dann darauf berufen, wenn er dabei nicht leichtfertig gehandelt und somit nicht gegen Treu und Glauben verstoßen hat. Ergibt sich durch die freiwillige berufliche Veränderung voraussehbar eine rückläufige Entwicklung der Einkünfte, ist bereits bei Prüfung der **unterhaltsbezogenen Leichtfertigkeit** zu klären, ob der Unterhaltspflichtige in geeigneter Weise durch **Rücklagenbildung oder Kreditaufnahme** sichergestellt hat, dass er seine Unterhaltsverpflichtungen in der Übergangszeit auch bei geringeren Einkünften erfüllen kann. Konnte er eine solche Vorsorge treffen, ist das Unterlassen unterhaltsbezogen leichtfertig. Er kann sich dann nicht auf die geringeren Einkünfte berufen und muss den Unterhalt - jedenfalls zunächst - **in unveränderter Höhe weiterzahlen**

OLG Hamm, Beschluss vom 06.06.2017 – 11 UF 206/16
 BeckRS 2017, 116617 Rn. 39 = FamRZ 2018, 29, 31

Die **Umschulung** entbindet den Unterhaltspflichtigen nicht von seiner Obliegenheit, sich auf dem freien Arbeitsmarkt um eine Anstellung zu bemühen. In jedem Fall, in dem sich die Frage der Anerkennungsfähigkeit einer Umschulung stellt, ist eine **Einzelfallprüfung** geboten.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 24.5.2007 - 10 WF 139/09 -,
 FamRZ 2008, 170

Wer sich gegenüber seiner Erwerbsobliegenheit beim **Kindesunterhalt** auf eine krankheitsbedingte Einschränkung seiner Erwerbsfähigkeit berufen will, muss grundsätzlich Art und Umfang der behaupteten gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Leiden angeben, und er hat ferner darzulegen, inwieweit die behaupteten gesundheitlichen Störungen sich auf die Erwerbsfähigkeit auswirken.

BGH, Beschluss vom 10.07.2013 - XII ZB 297/12 Rn. 13
 NJW 2013, 2897 = FamRZ 2013, 1558

OLG Brandenburg, Beschluss vom 25.01.2013 – 3 WF 3/13
 BeckRS 2013, 14735

Diesen Anforderungen wird nicht genügt, wenn sich aus den vorgelegten **ärztlichen Attesten**, deren Ausführungen die Partei zum Gegenstand ihres Sachvortrags gemacht hat, nicht schlüssig ergibt, dass von ihr wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen keine vollschichtige Erwerbstätigkeit erwartet werden konnte.

BGH, Urteil v. 25.10.2006 - XII ZR 190/03
 FamRZ 2007, 200, 202

Da nicht angenommen werden kann, dass ein Unterhaltsschuldner selbst bei ausreichenden Bemühungen sogleich zu Beginn des Unterhaltszeitraums eine ausreichend entlohnte Arbeitsstelle gefunden hätte, ist ihm eine angemessene **Übergangszeit** für das Auffinden einer entsprechenden Arbeitsmöglichkeit zuzubilligen. Diese kann regelmäßig mit drei bis sechs Monaten ab der Inanspruchnahme angenommen werden.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 16.10.2012 - 10 UF 10/12
 BeckRS 2012, 21916 = FamRZ 2013, 1137
 vgl. auch OLG Hamm, FamRZ 2003, 177

10. Bereinigung des Einkommens

10.1 Steuern und Vorsorgeaufwendungen

Vom Bruttoeinkommen sind Steuern und Vorsorgeaufwendungen abzuziehen. Zu diesen zählen Aufwendungen für die gesetzliche Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung oder die angemessene private Kranken- und Altersvorsorge sowie die Vorsorge für den Fall der Pflegebedürftigkeit.

Grundsätzlich darf eine zusätzliche Altersversorgung betrieben werden, die unterhaltsrechtlich beim Elternunterhalt bis zu 5 % des Bruttoeinkommens (BGH, FamRZ 2006, 1511) und im Übrigen bis zu 4 % des Bruttoeinkommens (BGH, FamRZ 2005, 1817) betragen kann. Voraussetzung ist stets, dass solche Aufwendungen für die eigene Altersvorsorge tatsächlich geleistet werden (BGH, FamRZ 2007, 793). Aufwendungen des gesteigert unterhaltspflichtigen Elternteils für eine zusätzliche Altersversorgung aber sind unterhaltsrechtlich nicht berücksichtigungsfähig, soweit der Mindestunterhalt für ein minderjähriges Kind nicht aufgebracht werden kann (BGH, FamRZ 2013, 616).

Sowohl dem Unterhaltsschuldner als auch dem Unterhaltsberechtigten steht es grundsätzlich **frei, in welcher Weise** er von seinen eigenen erzielten Einkünften neben der gesetzlichen Rentenversicherung Vorsorge für sein Alter trifft. Einer Berücksichtigung steht

auch nicht entgegen, dass die monatlichen Beiträge allein der **Kapitalbildung**, etwa in Form einer **Lebensversicherung**, dienen.

BGH, Urteil v. 23.5.2007 - XII ZR 245/04
FamRZ 2007, 1232ff. Rn 34

Unterhaltsrechtlich ist es daher unerheblich, ob sich der Erwerbstätige für eine Direktversicherung oder eine anderweitige Altersvorsorge entscheidet. Auch wenn er durch die **Entschuldung des Familienheims** weiteres Vermögen mit dem Ziel einer später miet- und belastungsfreien Wohnungsnutzung schafft, ist dies als besondere Form der zusätzlichen Altersvorsorge berücksichtigungsfähig.

BGH, Urteil vom 5.3.2008 - XII ZR 22/06
FamRZ 2008, 963ff. Rn 22

Hat ein Unterhaltsschuldner eine **Rentenversicherung auf das Leben seiner zweiten Ehefrau** abgeschlossen und zu ihren Gunsten ein widerrufliches Bezugsrecht im Erlebensfall verfügt hat, erfüllt dies die Voraussetzungen einer eigenen Altersvorsorge des Unterhaltspflichtigen nicht. Darauf, ob er das Bezugsrecht seiner zweiten Ehefrau jederzeit widerrufen könnte, kommt es nicht entscheidend an, solange er den Widerruf nicht tatsächlich erklärt hat.

BGH, Urteil v. 28.02.2007 - XII ZR 37/05
FamRZ 2007, 793ff. Rn 28

10.2 Berufsbedingte Aufwendungen

Während **Spesen** durch Geschäfts- oder Dienstreisen veranlasste Aufwendungen sind, wie etwa der Aufwand für die Verpflegung, Übernachtungskosten sowie sonstige Nebenkosten, sind **berufsbedingte Aufwendungen** zur Einkommenserzielung notwendig, wie etwa die Kosten für die Fahrten zur Arbeitsstätte. Berufsbedingte Aufwendungen unterscheiden sich von den Spesen mithin dadurch, dass sie anfallen, damit der Arbeitnehmer überhaupt seiner Erwerbstätigkeit nachgehen kann, während Spesen Kosten darstellen, die während der Ausführung der Erwerbstätigkeit oder im unmittelbaren Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit entstehen.

BGH, Beschluss vom 9.7.2014 – XII ZB 661/12 Rn. 30
NJW 2014, 2785 = FamRZ 2014, 1536

Zwar kann berufsbedingter Aufwand unter Berücksichtigung eventueller Eigensparnisse vorab vom Einkommen abgezogen werden. Das setzt aber voraus, dass der Aufwand notwendigerweise mit der Ausübung einer Erwerbstätigkeit verbunden ist und sich eindeutig **von den Kosten der privaten Lebenshaltung abgrenzen** lässt. Sowohl Kosten der Kleider- und Hemdenreinigung als auch Telefonkosten fallen allgemein an. Ein aus beruflichen Gründen entstehender Mehraufwand dieser Art lässt sich ohne konkrete Angaben hierzu grundsätzlich nicht mit der erforderlichen Zuverlässigkeit schätzen. Im Übrigen wird dem mit der Erwerbstätigkeit verbundenen erhöhten Aufwand bei der Bemessung des Ehegattenunterhalts auch dadurch Rechnung getragen, dass dem Unterhaltspflichtigen ein sog. Erwerbstätigenbonus zugebilligt wird.

BGH, Urteil v. 22.11.2006 - XII ZR 24/04
FamRZ 2007, 193

10.2.1 Pauschale/Konkrete Aufwendungen

Berufsbedingte Aufwendungen sind im Rahmen des Angemessenen vom Arbeitseinkommen abzuziehen. Sie können in der Regel mit einem Anteil von 5 % des Nettoeinkommens angesetzt werden, wenn hinreichende Anhaltspunkte für eine Schätzung bestehen. Werden höhere Aufwendungen geltend gemacht oder liegt ein Mangelfall vor, so sind sämtliche Aufwendungen im Einzelnen konkret darzulegen und nachzuweisen.

10.2.2 Fahrtkosten

Im Falle der konkreten Darlegung im Sinne der Nr. 10.2.1 werden für berufsbedingte Fahrten, insbesondere für Fahrten zum Arbeitsplatz (Hin- und Rückfahrt), die Kosten einer anzuerkennenden Pkw-Benutzung grundsätzlich mit einer Kilometerpauschale von 0,30 EUR berücksichtigt.

Stehen die berufsbedingten **Fahrtkosten** zu dem erzielten Nettoeinkommen **außer Verhältnis**, ist der Unterhaltsschuldner insbesondere bei beengten wirtschaftlichen Verhältnissen zunächst auf die Inanspruchnahme **öffentlicher Verkehrsmittel** zu verweisen.

Vgl. BGH, FamRZ 1984, 988, 990

Wird der Unterhaltsschuldner, der Kosten für die Fahrten zur Arbeit mit dem PKW geltend macht, auf die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel verwiesen, so ist grundsätzlich der für eine entsprechende **Monatskarte** aufzuwendende Betrag von seinem Einkommen abzuziehen.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 04.03.2014 - 10 WF 23/14
BeckRS 2014, 14889

Wenn die Fahrtkosten einen hohen, unverhältnismäßigen Aufwand verursachen, durch den angemessene Unterhaltsleistungen ausgeschlossen werden, ist ferner zu prüfen, ob von dem Unterhaltspflichtigen nicht ein **Wechsel des Wohnortes** erwartet werden kann.

Vgl. BGH, FamRZ 1998, 1501, 1502

Ergibt sich bei weiten Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsstelle eine unangemessen hohe Belastung, muss schließlich auch darüber nachgedacht werden, ob der **Wechsel in eine näher zum Wohnort gelegene Arbeitsstelle** zumutbar ist.

OLG Brandenburg, Urteil vom 01.08.2006 – 10 UF 203/05,
BeckRS 2006, 10142

10.2.3 Ausbildungsaufwand

Ausbildungsvergütungen sind vorbehaltlich Nr. 13.1 Abs. 3 um ausbildungsbedingte Kosten zu kürzen. Die Höhe der ausbildungsbedingten Kosten bestimmt sich nach den Verhältnissen des Einzelfalles. Sie kann, wenn hinreichende Anhaltspunkte für eine Schätzung bestehen, mit 100 EUR monatlich angenommen werden.

10.3 Kinderbetreuung

Leben im Haushalt des Unterhaltspflichtigen oder des Unterhaltsberechtigten minder-

jährige Kinder, so kann sich das Einkommen um Betreuungskosten (vor allem Kosten für eine notwendige Fremdbetreuung) mindern. In Betracht kommen kann auch, dass auf überobligationsmäßiger Tätigkeit beruhendes Mehreinkommen ganz oder teilweise anrechnungsfrei bleibt, wenn keine konkreten Betreuungskosten anfallen (vgl. BGH, FamRZ 2005, 1154).

Eine vom Unterhaltspflichtigen **nach Erreichen der Regelaltersgrenze** für die gesetzliche Rente ausgeübte Erwerbstätigkeit ist entsprechend der Lage für den Unterhaltsberechtigten sowohl hinsichtlich des Ehegattenunterhalts als auch des Kindesunterhalts regelmäßig überobligatorisch. Hierfür ist es unerheblich, ob der Unterhaltspflichtige **abhängig beschäftigt oder selbstständig tätig** ist.

BGH, Urt. v. 12. 1. 2011 – XII ZR 83/08 Rn. 19 ff.,
NJW 2011, 670 = FamRZ 2011, 454

Der **Auslandsverwendungszuschlag**, den ein in **Afghanistan** eingesetzter Berufssoldat bezieht, ist nicht in voller Höhe zum unterhaltsrechtlich maßgebenden Einkommen zu rechnen. In welchem Umfang der Zuschlag für den Unterhalt heranzuziehen ist, ist unter Würdigung der Umstände des Einzelfalls zu entscheiden.

BGH, Urt. v. 18.04. 2012 – XII ZR 73/10
NJW 2012, 2190 = FamRZ 2012, 1201

Einen **Studenten** trifft neben dem Studium regelmäßig keine Erwerbsobliegenheit. Übt ein Student gleichwohl eine **Nebentätigkeit** aus, so stellt die Vergütung, die er dafür erhält, grundsätzlich Einkommen aus überobligationsmäßiger Tätigkeit dar. Die Anrechnung solcher Einkünfte aus unzumutbarer Tätigkeit bestimmt sich auch im Verwandtenunterhaltsrecht nach dem – hier entsprechend heranzuziehenden – Rechtsgedanken des § 1577 II BGB.

OLG Brandenburg, Beschl. v. 14. 12. 2010 – 10 UF 161/10
NJW-RR 2011, 725

Die Anrechnung eines aus überobligatorischer Tätigkeit erzielten Einkommens richtet sich nach den **Umständen des Einzelfalls** und hat der Überobligationsmäßigkeit Rechnung zu tragen. Eine danach eingeschränkte Anrechnung des Einkommens ist sowohl beim Ehegattenunterhalt als auch beim Kindesunterhalt schon bei der Ermittlung des vom Unterhaltspflichtigen abgeleiteten **Unterhaltsbedarfs** zu berücksichtigen.

BGH, Urt. v. 12. 1. 2011 – XII ZR 83/08 Rn. 23 ff.,
NJW 2011, 670 = FamRZ 2011, 454

In welchem Umfang ein Einkommen aus überobligatorischer Tätigkeit für den Unterhalt heranzuziehen ist, bestimmt der Tatrichter aufgrund einer umfassenden Würdigung der Einzelfallumstände, die insbesondere der Überobligationsmäßigkeit der Tätigkeit und den Besonderheiten des Unterhaltsverhältnisses angemessen Rechnung trägt. Dabei wird beim Unterhalt für **minderjährige oder privilegiert volljährige Kinder** eine (zumindest teilweise) Anrechnung überobligatorisch erzielten Einkommens des Pflichtigen eher in Betracht kommen als beim Unterhalt für Ehegatten oder sonstige Verwandte.

BGH, Beschluss vom 10.07.2013 - XII ZB 297/12 Rn. 17
NJW 2013, 2897 = FamRZ 2013, 1558

Bei der Frage, ob und inwieweit sich ein Student überobligatorische Nebeneinkünfte auf seinen Unterhaltsbedarf gegenüber einem Elternteil anrechnen lassen muss, kann es im Rahmen der Billigkeitsabwägung entsprechend § 1577 II 2 BGB einen für die Anrechnung sprechenden Gesichtspunkt darstellen, wenn der **Student noch zuhause** (= bei dem anderen Elternteil) wohnt und dadurch einen im Zweifel geringeren Lebenshaltungsaufwand hat als ein Student mit eigenem Studienortwohnsitz, sein Bedarfssatz nach der Düsseldorfer Tabelle aufgrund der hohen maßgeblichen Einkommensgruppe jedoch **höher ist als der Regelsatz** von 670 € für einen auswärts wohnenden Studenten.

OLG Hamm, Beschluss vom 10.09.2012 - II-14 UF 165/12
BeckRS 2012, 20745

Bei eingeschränkter Anrechnung des Einkommens in Folge überobligatorischer Tätigkeit sind **Steuern und Vorsorgeaufwendungen** insoweit auszuscheiden, als sie auf den nicht angerechneten Teil des Einkommens entfallen.

BGH, Urt. v. 12. 1. 2011 – XII ZR 83/08 Rn. 61,
NJW 2011, 670 = FamRZ 2011, 454

10.4 Schulden

Zinsen und Tilgungsraten auf Schulden, die aus der Zeit vor Eheschließung her-rühren oder während des ehelichen Zusammenlebens begründet worden sind, können, soweit angemessen, einkommensmindernd berücksichtigt werden. Den Interessen minderjähriger Kinder und volljähriger unverheirateter Kinder bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres, die im Haushalt der Eltern oder eines Elternteils leben und sich in der allgemeinen Schulausbildung befinden, ist stets besonders Rechnung zu tragen.

Es gilt der Grundsatz, dass Ansprüchen Unterhaltsberechtigter **kein allgemeiner Vorrang** vor anderen Verbindlichkeiten des Unterhaltspflichtigen zukommt. Andererseits dürfen diese Verbindlichkeiten auch nicht ohne Rücksicht auf die Unterhaltsinteressen getilgt werden. Vielmehr bedarf es eines Ausgleichs der Belange von Unterhaltsgläubiger, Unterhaltsschuldner und Drittgläubiger. Ob eine Verbindlichkeit im Einzelfall zu berücksichtigen ist, kann danach nur im Rahmen einer **umfassenden Interessenabwägung** nach billigem Ermessen entschieden werden. Insoweit sind insbesondere der Zweck der Verbindlichkeiten, der Zeitpunkt und die Art ihrer Entstehung, die Dringlichkeit der beiderseitigen Bedürfnisse, die Kenntnis des Unterhaltsschuldners von Grund und Höhe der Unterhaltsschuld und seine Möglichkeiten von Bedeutung, die Leistungsfähigkeit ganz oder teilweise wiederherzustellen.

BGH, Beschluss vom 10.07.2013 - XII ZB 297/12 Rn. 19
NJW 2013, 2897 = FamRZ 2013, 1558

Bei **minderjährigen Kindern** wird darüber hinaus zu beachten sein, dass für diese wegen ihres Alters von vornherein die Möglichkeit ausscheidet, durch eigene Anstrengungen zur Deckung ihres notwendigen Lebensbedarfs beizutragen, weswegen ihnen sowie privilegierten volljährigen Kindern gegenüber nach § 1603 II BGB eine gesteigerte Unterhaltspflicht besteht. Diese Gesichtspunkte mögen regelmäßig einer **Unterschreitung des Mindestunterhalts** wegen anderer Verbindlichkeiten entgegenstehen. Eine solche erscheint andererseits aus Rechtsgründen nicht in jedem Fall ausgeschlossen. Sie wird – **ausnahmsweise** – etwa dann in Betracht kommen können, wenn und soweit dem Unterhaltsschuldner wegen Grund und Höhe seiner anderweitigen Schulden die Berufung

auf diese Verpflichtungen nicht **nach Treu und Glauben** versagt ist und ihm deshalb billigerweise nicht abverlangt werden kann, ohne Bedienung der anderen Schulden weiterhin Unterhalt in Höhe des vollen Bedarfs der Kinder zu leisten.

BGH, Beschluss vom 19.03.2014 – XII ZB 367/12, Rn. 26,
FamRZ 2014, 923

Der für seine Leistungsfähigkeit darlegungs- und beweispflichtige Unterhaltsschuldner muss zu konkreten Bemühungen um eine Minderung der aktuellen Belastung im Wege der **Stundung** oder **Streckung der Raten bzw. Aussetzung der Tilgung** vorgetragen.

BGH, Beschluss vom 19.03.2014 – XII ZB 367/12, Rn. 27,
FamRZ 2014, 923

Von gewichtiger Bedeutung für die Berücksichtigungsfähigkeit von Verbindlichkeiten ist auch in diesem Zusammenhang allerdings der Umstand, ob die Schulden zu einem Zeitpunkt entstanden sind, als der Unterhaltspflichtige **mit seiner Inanspruchnahme (noch) nicht rechnen** musste.

BGH, Beschluss vom 10.07.2013 - XII ZB 297/12 Rn. 24
NJW 2013, 2897 = FamRZ 2013, 1558

Kreditraten können auch deswegen unberücksichtigt bleiben, weil es sich wegen der geringen Höhe um Kosten der **privaten Lebensführung** handelt. Diese sind von dem verbleibenden Einkommen zu tragen und können unterhaltsrechtlich nicht berücksichtigt werden.

BGH, Urteil vom 3. 12. 2008 - XII ZR 182/06 Rn. 31
NJW 2009, 1410

Liegen **Kreditverbindlichkeiten** vor, obliegt es dem Unterhaltspflichtigen, sich zur Verbesserung seiner Leistungsfähigkeit um eine **Umschuldung** zu bemühen, soweit dies möglich ist.

OLG Brandenburg, Beschluss v. 9.1.2018 – 10 UF 104/16
FamRZ 2018, 1000 L

Den nach § 1603 Abs. 2 Satz 1 und 2 BGB gesteigert Unterhaltspflichtigen kann eine **Obliegenheit zur Einleitung der Verbraucherinsolvenz** treffen.

BGH, Urteil vom 23.02.2005 – XII ZR 114/03
FamRZ 2005, 608, 610 f.

Beim Kindesunterhalt scheidet die Abzugsfähigkeit von **Verfahrenskostenhilferaten** aus, weil die Höhe der Raten von dem an das Kind zu zahlenden Unterhalt abhängig ist. Es handelt sich hierbei um Kosten, die entsprechend der Höhe des **Unterhaltsanspruchs berücksichtigt** werden.

OLG Frankfurt a. M. Beschl. v. 4.4.2018 – 2 UF 135/17
BeckRS 2018, 9095 = FamRZ 2018, 1314

OLG Brandenburg, *Beschluss* vom 29.09.2016 - 13 UF 204/14
BeckRS 2016, 117853 = FamRZ 2017, 1135 L

Prozesskostenhilferaten aus dem Scheidungsverfahren sind beim **Trennungsunterhalt** einkommensmindernd zu berücksichtigen, weil es sich um Kosten handelt, die zur Deckung eines **scheidungsbedingten notwendigen Mehrbedarfs** erforderlich sind.

OLG Hamm Ur. v. 5.10.1995 – 1 UF 403/94
BeckRS 1995, 6393 = FamRZ 1996, 166

Gehaltspfändungen im Streitzeitraum **wegen Unterhaltsansprüchen** berühren die unterhaltsrechtliche Leistungsfähigkeit gegenüber anderen Unterhaltsberechtigten nicht. Ein Unterhaltsverpflichteter kann sich nicht dadurch seiner Leistungsfähigkeit berauben, dass er (trotz Leistungsfähigkeit) seinen laufenden Unterhaltspflichten nicht nachkommt und wegen dadurch auflaufender Unterhaltsrückstände in der Folgezeit Vollstreckungsmaßnahmen ausgesetzt ist.

OLG Brandenburg Beschl. v. 19.12.2018 – 9 UF 126/16,
BeckRS 2018, 35281 = FamRZ 2019, 1139

10.5 Unterhaltsleistungen

Bei der Prüfung, ob Unterhaltsleistungen vorweg vom Einkommen abzuziehen sind, ist zwischen Bedarfsermittlung und Leistungsfähigkeit zu unterscheiden.

10.6 Vermögensbildung

Anlagen nach den Vermögensbildungsgesetzen sind - vorbehaltlich Nr. 10.1 - nicht vom Einkommen abzuziehen. Auf der anderen Seite erhöhen vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers und Sparzulagen das Einkommen nicht.

Auskunftsanspruch

Bei dem Anspruch auf **Vorlage von Belegen** gemäß § 1605 Abs. 1 Satz 2 BGB handelt es sich um einen Anspruch, der von einem solchen auf Auskunftserteilung nach § 1605 Abs. 1 Satz 1 BGB zu unterscheiden ist.

OLG München, FamRZ 1993, 202; FamRZ 1996, 307

Gemäß §§ 260, 261 BGB, die nach § 1605 Abs. 1 Satz 3 BGB entsprechend anzuwenden sind, ist Auskunft in Form einer **systematischen Zusammenstellung** der erforderlichen Angaben zu erteilen.

Vgl. hierzu OLG Brandenburg, FamRZ 1998, 174

Eine Auskunft nach § 260 Abs. 1 BGB erfordert dabei eine **eigene** und **schriftliche** verkörperte **Erklärung** des Schuldners, die jedoch nicht die gesetzliche Schriftform i.S. des § 126 BGB erfüllen muss und auch durch einen **Boten**, z. B. einen Rechtsanwalt, an den Gläubiger übermittelt werden darf.

BGH, Beschluss vom 28.11.2007 - XII ZB 225/05,
FamRZ 2008, 600ff. Rn 12ff.

Die Mitteilung eines **fiktiven Einkommens** bei Annahme einer günstigeren Lohnsteuerklasse ist nicht vom unterhaltsrechtlichen **Auskunftsanspruch** umfasst.

OLG Koblenz Beschl. v. 26.2.2018 – 13 WF 146/18
BeckRS 2018, 25681 = FamRZ 2018, 1586

Jedenfalls bei der im Verfahren der Verfahrenskostenhilfe gebotenen summarischen Prüfung wird man zugunsten des bedürftigen Anspruchstellers annehmen müssen, dass sein ursprünglich gestellter Antrag, der sich auf sämtliche Einkünfte ohne jede Ausnahme bezieht, dahin zu verstehen ist, dass es auch um die **Auskunft über die wertbildenden Faktoren des Werts des mietfreien Wohnens** geht und dass, wenn der Anspruchsgegner jedenfalls über die genaue **Wohnfläche** nicht hinreichend informiert hat, das Auskunftsbegehren, soweit es den Wohnvorteil betrifft, noch nicht erfüllt ist.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 24.11.2016 - 10 WF 150/16
BeckRS 2016, 124550

Die **Vorlage von Originalen**, etwa bei Lohnbescheinigungen mit Datum, Stempel und Unterschrift des Arbeitgebers, wird grds. **nicht geschuldet**.

BGH, Beschluss vom 07.05.2014 - XII ZB 408/13 Rn. 11 f.
BeckRS 2014, 10545 = FamRZ 2014, 1542

Kindesunterhalt

11. Bemessungsgrundlage (Tabellenunterhalt)

Der Barunterhalt minderjähriger unverheirateter Kinder bestimmt sich nach den Altersstufen 1 bis 3 der Tabelle in Anlage I, die mit denjenigen nach § 1612a Abs. 1 Satz 3 BGB übereinstimmen. Die Tabellensätze sind identisch mit den ab 1. Januar 2017 geltenden Tabellensätzen der Düsseldorfer Tabelle. Wegen des Bedarfs volljähriger Kinder vgl. Nr. 13.1.

Beim Kindesunterhalt kommt eine **konkrete Bedarfsbemessung allenfalls** dann in Betracht, wenn das Einkommen des unterhaltspflichtigen Elternteils den Betrag von **5.100 € übersteigt**, für den nach der Düsseldorfer Tabelle eine Unterhaltsbemessung nach den Umständen des Falles vorgesehen ist.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 08.11.2016 - 10 UF 107/15
BeckRS 2016, 124530

Das Kind kann Unterhalt auf der Grundlage einer **konkreten Bedarfsberechnung** begehren, wenn die Einkünfte des unterhaltspflichtigen Elternteils **deutlich über** dem in der **höchsten Einkommensgruppe** der Düsseldorfer Tabelle zugrunde gelegten unterhaltsrechtlich relevanten Einkommen von bis zu **5.100 €** liegen.

OLG Düsseldorf, *Beschluss* vom 30.06.2016 - II-1 UF 12/16
BeckRS 2016, 19494

Der Unterhaltsberechtigte, der einen den Höchstbedarf gemäß Düsseldorfer Tabelle übersteigenden Bedarf geltend macht, muss besondere oder **besonders kostenintensive Bedürfnisse** und die zu ihrer Deckung notwendigen Mittel **darlegen**. Übertriebene Anforderungen an seine Darlegungslast dürfen nicht gestellt werden, um zu verhindern, dass der Kindesunterhalt auch bei einem das Höchsteinkommen nach Düsseldorfer Tabelle übersteigenden Elterneinkommen faktisch auf den Tabellenhöchstbedarf beschränkt wird. Es ist danach zu differenzieren, welche Bedürfnisse des Kindes auf der Grundlage einer Lebensführung, die der besonders günstigen wirtschaftlichen Situation seiner Eltern entspricht, zu befriedigen sind und welche Wünsche des Kindes als **bloße Teilhabe am Luxus** nicht erfüllt werden müssen. In der Regel ist der Unterhalt auch bei Einkünften deutlich über dem Bereich der Düsseldorfer Tabelle **nur maßvoll anzuheben**

OLG Düsseldorf, *Beschluss* vom 30.06.2016 - II-1 UF 12/16
BeckRS 2016, 19494

Soweit keine besonderen Bedarfspositionen dargelegt werden, ist davon auszugehen, dass die Bedürfnisse des Kindes, auch soweit es **Freizeitaktivitäten wie Musikunterricht und sportliche Betätigung** betrifft, angemessen vom Höchstbedarf gemäß Düsseldorfer Tabelle abgedeckt werden.

OLG Düsseldorf, *Beschluss* vom 30.06.2016 - II-1 UF 12/16
BeckRS 2016, 19494

11.1 Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge

In den Unterhaltsbeträgen (Tabellensätzen) sind keine Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge enthalten. Soweit das Kind nicht in einer Familienversicherung mitversichert ist, hat es zusätzlich Anspruch auf Zahlung der Versicherungsbeiträge. Das Nettoeinkommen des Unterhaltspflichtigen ist in diesen Fällen vor Einstufung in die entsprechende Einkommensgruppe vorweg um diese Beiträge zu bereinigen.

11.2 Eingruppierung

Die Tabellensätze erfassen die Fälle, in denen eine Unterhaltspflicht gegenüber zwei Unterhaltsberechtigten besteht. Bei einer geringeren Anzahl von Unterhaltsberechtigten kann eine Höhergruppierung auch um mehr als eine Einkommensgruppe in Betracht kommen.

Bei einer größeren Anzahl von Unterhaltsberechtigten kann eine Korrektur an Hand des Bedarfskontrollbetrags erfolgen. Der Bedarfskontrollbetrag ist nicht identisch mit dem Selbstbehalt des Unterhaltspflichtigen. Er soll eine ausgewogene Verteilung des Einkommens zwischen dem Unterhaltspflichtigen und dem Unterhaltsberechtigten gewährleisten. Erreicht das dem Unterhaltspflichtigen nach Abzug aller Unterhaltslasten verbleibende bereinigte Einkommen nicht den für die Einkommensgruppe ausgewiesenen Bedarfskontrollbetrag, ist ggf. soweit herabzustufen, bis dem Unterhaltspflichtigen der entsprechende Kontrollbetrag verbleibt.

12. Minderjährige Kinder

12.1 Betreuungs-/Barunterhalt

Der Betreuungsunterhalt für ein minderjähriges Kind entspricht in der Regel dem Barunterhalt, sodass der betreuende Elternteil regelmäßig keinen Barunterhalt zu leisten braucht.

12.2 Einkommen des Kindes

Einkommen des minderjährigen Kindes, das nach Abzug ausbildungsbedingter Kosten (vgl. Nr. 10.2.3) verbleibt, ist zur Hälfte auf den Barunterhalt anzurechnen. Die andere Hälfte kommt dem betreuenden Elternteil zugute.

Auch bei einem **minderjährigen Unterhaltsberechtigten** kommt die Zurechnung fiktiver Einkünfte in Betracht, wenn dieser dauerhaft dem Schulunterricht fernbleibt und auch **keiner** gesetzlich erlaubten **Erwerbstätigkeit nachgeht**. Dies gilt aber dann nicht, wenn der betroffene Minderjährige noch der **gesetzlichen Schulpflicht unterliegt**.

OLG Frankfurt a.M., *Beschluss* vom 15.07.2015 - 5 UF 50/15
BeckRS 2015, 15221 = FamRZ 2016, 1174

12.3 Beiderseitige Barunterhaltspflicht/Haftungsanteil

Sind ausnahmsweise beide Elternteile gegenüber dem minderjährigen Kind barunterhaltspflichtig, bestimmt sich ihr Haftungsanteil nach dem Verhältnis ihrer den jeweiligen Selbstbehalt übersteigenden Einkommen.

Auch der betreuende Elternteil kann ein **anderer unterhaltspflichtiger Verwandter** i.S. von § 1603 II 3 BGB sein, wenn der Kindesunterhalt von ihm unter **Wahrung seines angemessenen Selbstbehalts** gezahlt werden kann und ohne seine Beteiligung an der Barunterhaltspflicht ein **erhebliches finanzielles Ungleichgewicht** zwischen den Eltern entstünde. Kann auch der an sich barunterhaltspflichtige Elternteil bei Zahlung des vollen Kindesunterhalts seinen **angemessenen Selbstbehalt verteidigen**, wird eine vollständige oder anteilige Haftung des betreuenden Elternteils für die Aufbringung des Barunterhalts nur in wenigen, **besonderen Ausnahmefällen** in Betracht kommen.

BGH, *Beschluss* vom 10. 7. 2013 – XII ZB 297/12
NJW 2013, 2897

Beläuft sich das **bereinigte Einkommen des barunterhaltspflichtigen Elternteils** auf **1480 Euro** monatlich, während dem an sich **nicht barunterhaltspflichtigen Elternteil nach Abzug aller Kindesunterhaltsansprüche** ein Betrag von **1650 Euro** monatlich verbleibt, ist Letzterer als **anderer leistungsfähiger Verwandter** im Sinne des § 1603 BGB zu behandeln. Dem barunterhaltspflichtigen Elternteil ist bei dieser Sachlage der **angemessene Selbstbehalt von 1300 Euro** monatlich zu belassen, weiterhin ist das von ihm bezogene **Pflegegeld nicht als Einkommen** zu berücksichtigen. Für den nicht gedeckten Mindestunterhalt haftet dann Wegen des bestehenden **wirtschaftlichen Ungleichgewichts** der an sich nicht barunterhaltspflichtige betreuende Elternteil **anteilig**.

OLG Stuttgart, *Beschluss* vom 3.8.2017 – 16 UF 118/17
NJW-RR 2017, 1153 = FamRZ 2018, 27

Ein **Einkommensunterschied** in Höhe von über **850 €** stellt ein solches wirtschaftliches Ungleichgewicht dar, dass der **betreuende Elternteil jedenfalls anteilig** für den Kindesunterhalt haften muss. Sofern in der Literatur hierfür **Wertgrenzen** diskutiert werden, liegen diese bei **500 €** monatlich.

OLG Stuttgart, *Beschluss* vom 3.8.2017 – 16 UF 118/17
BeckRS 2017, 120063 Rn. 33 = FamRZ 2018, 27, 29

12.4 Zusatzbedarf

Mehrbedarf und Sonderbedarf sind in den Unterhaltsbeträgen nicht enthalten. Insoweit sind grundsätzlich beide Elternteile barunterhaltspflichtig. Nr. 12.3 gilt entsprechend.

Wird die Betreuung eines Kindes durch Dritte allein infolge der **Berufstätigkeit** des betreuenden Elternteils erforderlich, stellen die **Betreuungskosten keinen Mehrbedarf** des Kindes dar, sondern gehören zur allgemeinen Betreuung, die vom betreuenden Elternteil im Gegenzug zur Barunterhaltspflicht des anderen allein zu leisten ist. Dafür entstehende Betreuungskosten können mithin lediglich als **berufsbedingte Aufwendungen** des betreuenden Elternteils Berücksichtigung finden.

BGH, *Beschluss* vom 4.10.2017 – XII ZB 55/17 Rn. 18
 NJW 2017, 3786 = FamRZ 2018, 23 m. Anm. Born, S. 26

Im so genannten **Residenzmodell** schuldet danach **ein Elternteil** den **Barunterhalt** der Kinder, während **der andere** deren **Betreuung** übernimmt. Nur **ausnahmsweise** gehen die Kosten einer **Fremdbetreuung** über die einem Elternteil obliegende Betreuung hinaus und sind dann **Mehrbedarf** des Kindes, für den die Eltern **nach § 1606 III 1 BGB anteilig** nach ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen aufzukommen haben. Ein solcher weitergehender Bedarf der Kinder liegt hinsichtlich der üblichen **pädagogisch veranlassten Betreuung** in staatlichen Einrichtungen wie etwa **Kindergärten, Schulen und Horten** vor.

BGH, *Beschluss* vom 4.10.2017 – XII ZB 55/17 Rn. 13
 NJW 2017, 3786 = FamRZ 2018, 23

Eine **generelle Qualifizierung** der Kosten einer Fremdbetreuung als **Mehrbedarf** des Kindes **widerspricht dem Gesetz**. Denn grundsätzlich obliegt nach § 1606 III 2 BGB die Barunterhaltspflicht für ein minderjähriges Kind einem Elternteil allein, weil der andere Elternteil im Gegenzug dessen Betreuung übernommen hat. **Veranlasst der betreuende Elternteil** für die Kinder eine **Fremdbetreuung**, erfüllt er damit regelmäßig lediglich die ihm obliegende Betreuungspflicht und hat deswegen auch die dafür erforderlichen **Kosten zu tragen**.

BGH, *Beschluss* vom 4.10.2017 – XII ZB 55/17 Rn. 16
 NJW 2017, 3786 = FamRZ 2018, 23

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass **bei jüngeren Kindern** oft der **Betreuungsanteil überwiegt** und sich im Falle einer Fremdbetreuung auch monetär ausdrückt, während mit **zunehmendem Alter** der Kinder der nach Altersstufen gestaffelte **Barunterhalt** ein anteilig **stärkeres Gewicht** bekommt. Hinzu kommt, dass die Kosten einer Fremdbetreuung grundsätzlich nur entweder als Belastung der Eltern einen **Abzugsposten im Rahmen des Ehegattenunterhalts** oder als Mehrbedarf einen **Unterhaltsbedarf des Kindes** begründen können. Eine Einordnung als abzugsfähige Belastung des betreuenden Elternteils einerseits oder als Mehrbedarf des Kindes andererseits allein danach, **ob ein Ausgleich über den Ehegattenunterhalt möglich** ist, wäre **systemwidrig**.

BGH, *Beschluss* vom 4.10.2017 – XII ZB 55/17 Rn. 17
 NJW 2017, 3786 = FamRZ 2018, 23

Ein betreuungsbedingter Mehrbedarf des Kindes liegt deswegen nur dann vor, wenn es sich um einen Betreuungsbedarf handelt, der **über den Umfang der von dem betreuenden Elternteil ohnehin geschuldeten Betreuung hinausgeht**, etwa wenn die Kosten eine

besondere Förderung zu staatlichen Kindergärten, Kindertagesstätten oder Horten betreffen. Allerdings ist eine Qualifizierung der Betreuungskosten als Mehrbedarf nicht auf die besondere pädagogische Förderung **in staatlichen Einrichtungen** beschränkt. Auch die Förderung **in vergleichbaren privaten Einrichtungen** kann über den allgemeinen Betreuungsbedarf hinausgehen und damit einen Mehrbedarf des Kindes auslösen. Generell deckt eine Fremdbetreuung stets insoweit einen Mehrbedarf des Kindes ab, als sie über die üblichen Betreuungsleistungen eines Elternteils (einschließlich der üblichen Hausaufgabenbetreuung) hinausgehen oder die weitere Betreuung etwa pädagogisch veranlasst ist. Auch dann handelt es sich insoweit um Mehrbedarf des Kindes, für den beide Eltern nach § 1606 III 1 BGB anteilig haften.

BGH, *Beschluss* vom 4.10.2017 – XII ZB 55/17 Rn. 19
 NJW 2017, 3786 = FamRZ 2018, 23

Bei der Tätigkeit einer **Tagesmutter**, die Kinder im Haushalt eines Elternteils **auf 450 Euro-Basis** stundenweise betreut, handelt es sich **nicht** um eine **pädagogisch veranlasste** Betreuung von Kindern, die der Sache nach wie in einer staatlichen oder vergleichbaren privaten Einrichtung einen Mehrbedarf des Kindes abdeckt.

BGH, *Beschluss* vom 4.10.2017 – XII ZB 55/17 Rn. 21
 NJW 2017, 3786 = FamRZ 2018, 23

Auch der **Umfang der Fremdbetreuung** kann keinen Mehrbedarf der Kinder begründen, wenn der Arbeitsvertrag der Tagesmutter lediglich vorsieht, dass sie – über die **Abholung** der Kinder von der Schule und die **Hausaufgabenbetreuung** hinaus – auch die **Zubereitung der Speisen** übernimmt und **leichte Hausarbeiten** verrichtet.

BGH, *Beschluss* vom 4.10.2017 – XII ZB 55/17 Rn. 22
 NJW 2017, 3786 = FamRZ 2018, 23

13. Volljährige Kinder

13.1 Bedarf

Der Barunterhalt volljähriger Schüler, Studenten und Auszubildender, die noch im Haushalt eines Elternteils leben, bestimmt sich nach Altersstufe 4 der Tabelle in Anlage I. Der Tabellenbetrag richtet sich nach dem zusammengerechneten Einkommen beider Elternteile. Ein Elternteil hat jedoch höchstens den Unterhalt zu leisten, der sich allein nach seinem Einkommen ergibt.

Dem 3. Familiensenat dient die Altersstufe 4 der Tabelle lediglich als Orientierung.

Der Bedarf nicht im Haushalt eines Elternteils lebender Kinder beträgt regelmäßig 735 EUR monatlich. Kosten für eine Ausbildung im üblichen Rahmen sind darin ebenso enthalten wie ein Mietanteil (Warmmiete) von bis zu 300 EUR. Bei guten wirtschaftlichen Verhältnissen kann eine Erhöhung des regelmäßigen Bedarfs gerechtfertigt sein, im Allgemeinen aber nicht über den doppelten Betrag hinaus.

In den Unterhaltsbeträgen sind Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie Studiengebühren nicht enthalten.

13.2 Einkommen des Kindes

Einkommen des volljährigen unterhaltsberechtigten Kindes, das nach Abzug ausbildungsbedingter Kosten (vgl. Nr. 10.2.3) verbleibt, ist auf seinen Bedarf voll anzurechnen.

Gemäß § 1610 II BGB umfasst der Unterhalt eines Kindes die Kosten einer angemessenen Vorbildung zu einem Beruf. Geschuldet wird danach eine Berufsausbildung, die der **Begabung** und den **Fähigkeiten**, dem **Leistungswillen** und den beachtenswerten **Neigungen** des Kindes am besten entspricht und sich in den **Grenzen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit** der Eltern hält. Eltern, die ihrem Kind eine solche Berufsausbildung gewährt haben, sind grundsätzlich nicht mehr verpflichtet, **Kosten einer weiteren Ausbildung** zu tragen. **Ausnahmen** hiervon bestehen nur unter besonderen Umständen, etwa wenn **der Beruf aus gesundheitlichen oder sonstigen**, bei Ausbildungsbeginn nicht vorhersehbaren **Gründen nicht ausgeübt** werden kann. Ferner kommt eine fortdauernde Unterhaltspflicht in Betracht, wenn die **weitere Ausbildung** zweifelsfrei als eine bloße in **engem sachlichen und zeitlichen Zusammenhang** stehende Weiterbildung zu dem bisherigen Ausbildungsweg anzusehen ist und **von vornherein angestrebt** war, oder **während der ersten Ausbildung** eine **besondere**, die Weiterbildung erfordernde **Begabung** deutlich wurde.

BGH, *Beschluss* vom 3.5.2017 – XII ZB 415/16 Rn. 11 f.
 NJW 2017, 2278 = FamRZ 2017, 1132 m. Anm. Seiler

Es kann als **entscheidend** anzusehen sein, wenn der Elternteil vom Kind **zu keinem Zeitpunkt über seine Ausbildungspläne in Kenntnis** gesetzt worden ist, etwa weder Informationen zum Schulabschluss noch zum angestrebten oder eingeschlagenen Ausbildungsgang seines Kindes erhalten hat. Erschwerend kann hinzukommen, dass der **Elternteil sich selbst schriftlich** wegen des Unterhalts **an seine Tochter gewandt** hatte, als er ihren Schulabschluss vermutete, ohne dass eine Reaktion hierauf erfolgte. Ein solcher dem **Elternteil nicht anzulastende Informationsmangel** kann **im Zusammenspiel mit dem Lebensalter der Tochter** dazu führen, dass sein Vertrauen darauf, keinen Ausbildungsunterhalt mehr leisten zu müssen, als rechtlich schützenswert anzusehen ist.

BGH, *Beschluss* vom 3.5.2017 – XII ZB 415/16 Rn. 27
 NJW 2017, 2278 = FamRZ 2017, 1132 m. Anm. Seiler

In **Berlin** ist der Besuch der **Berufsfachschule für Sozialassistenten**, wenn der Schüler dort den mittleren Schulabschluss erlangt, nachdem er zuvor ein Gymnasium besucht hat und im Anschluss an den Besuch der Berufsfachschule ein berufliches Gymnasium besucht, als **allgemeine Schulausbildung** im Sinn von § 1603 Abs. 2 Satz 2 BGB anzusehen. In diesem Fall ist der an der Berufsfachschule erlangte Abschluss als „staatlich geprüfter Sozialassistent“ nicht als berufsqualifizierender Abschluss anzusehen, mit dem der unterhaltspflichtige Elternteil seiner Pflicht, Ausbildungsunterhalt zu leisten, genügt hätte. Ein gestufter Schulbesuch **„Gymnasium – Berufsfachschule/mittlerer Schulabschluss – berufliches Gymnasium“** ist daher mit den sogenannten **„Abitur-Lehre-Studium“** Fällen **nicht vergleichbar** und unterliegt auch nicht den hierzu entwickelten Rechtsregeln. Vielmehr geht es hier um die Frage einer Beendigung der allgemeinen Schulausbildung, **nicht um eine Zweitausbildung**.

KG, *Beschluss* v. 24.5.2017 – 13 UF 48/17
 FamRZ 2017, 1930

Für die Dauer eines **freiwilligen sozialen Jahres** schulden leistungsfähige Eltern ihrem Kind jedenfalls dann Ausbildungsunterhalt, wenn das freiwillige soziale Jahr der **Berufsfindung**

im weitesten Sinne dient und das Kind dieses noch zur Zeit der Minderjährigkeit im Einverständnis der Eltern begonnen hat.

OLG Frankfurt a. M., Beschluss vom 4.4.2018 – 2 UF 135/17
 NZFam 2018, 572 = BeckRS 2018, 9095 = FamRZ 2018, 1314

ähnlich
 OLG Düsseldorf, Beschluss vom 01.03.2019 – II-3 WF 140/18
 FamRZ 2019, 1136

Haben die Eltern ihrem Kind eine angemessene Ausbildung finanziert, welche seinen Begabungen und Neigungen entspricht, und findet das Kind in diesem erlernten Beruf **nach Abschluss der Ausbildung keine Arbeitsstelle**, sind die Eltern auch bei guter wirtschaftlicher Lage grundsätzlich nicht verpflichtet, dem Kind eine weitere Berufsausbildung zu gewähren. Das **Risiko der Nichtbeschäftigung** des Kindes nach Abschluss der geschuldeten Ausbildung haben die unterhaltsverpflichteten Eltern grundsätzlich nicht zu tragen. Ungünstige Anstellungsaussichten stehen der Wahl einer bestimmten Ausbildung nicht ohne Weiteres entgegen. Verwirklicht sich eine solche Prognose im späteren Berufsleben, fällt den Eltern das allgemeine Arbeitsplatzrisiko nicht zur Last. Vielmehr muss ein **Volljähriger**, der nach Abschluss seiner Ausbildung arbeitslos ist, **primär selbst für seinen Unterhalt sorgen** und jede Arbeitsstelle annehmen, auch außerhalb des erlernten Berufs. Das gilt auch dann, wenn im erlernten Beruf tatsächlich keine Verdienstmöglichkeiten mehr bestehen

OLG Hamm, Beschluss vom 15.5.2018 – 7 UF 18/18
 NJW 2018, 2272 = FamRZ 2018, 1586

13.3 Beiderseitige Barunterhaltspflicht/Haftungsanteil
Gegenüber volljährigen Kindern sind beide Elternteile barunterhaltspflichtig. Ihr Haftungsanteil bestimmt sich nach dem Verhältnis ihrer den jeweiligen Selbstbehalt übersteigenden Einkommen.

14. Verrechnung des Kindergeldes

Das Kindergeld ist nach Maßgabe des § 1612b BGB zur Deckung des Barbedarfs des Kindes zu verwenden (vgl. auch Nr. 3).

Können sich Eltern, die Kinder im **paritätischen Wechselmodell** betreuen, über die **Bezugsberechtigung** nicht einigen, kommt es für die Entscheidung des Familiengerichts darauf an, welcher Elternteil besser gewährleistet, das **Kindergeld zweckentsprechend** einzusetzen.

OLG Celle, Beschluss vom 23.5.2018 – 19 UF 24/18
 BeckRS 2018, 18985 = FamRZ 2019, 31

Zu dem **Starke-Familien-Gesetz** und dessen Auswirkungen auf das Unterhaltsrecht

vgl. Borth, FamRZ 2019, 853 ff.

Ehegattenunterhalt

15. bis 17. ...

Weitere Unterhaltsansprüche

18. bis 20.

Leistungsfähigkeit und Mangelfall

21. Selbstbehalt

21.1 Grundsatz

Leistungsfähigkeit ist in dem Umfang gegeben, in welchem das bereinigte Einkommen, hier ohne Abzug eines Erwerbstätigenbonus, den Selbstbehalt, der dem Unterhaltspflichtigen zur Bestreitung seines eigenen Unterhalts bleiben muss, übersteigt.

21.2 Notwendiger Selbstbehalt

Der notwendige Selbstbehalt des Unterhaltspflichtigen beträgt gegenüber minderjährigen Kindern sowie gegenüber volljährigen unverheirateten Kindern bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres, die im Haushalt der Eltern oder eines Elternteils leben und sich in der allgemeinen Schulausbildung befinden, 1.080 EUR. Darin ist ein Mietanteil (Warmmiete) von etwa 380 EUR enthalten. Sind die Einkünfte des Unterhaltspflichtigen insgesamt oder im Wesentlichen keine Erwerbseinkünfte, beträgt der Selbstbehalt 880 EUR.

21.3 Angemessener Selbstbehalt

21.3.1 Volljähriges Kind

Gegenüber anderen volljährigen Kindern beträgt der angemessene Selbstbehalt 1.300 EUR. Darin ist ein Mietanteil (Warmmiete) von etwa 480 EUR enthalten.

21.3.2 Elternunterhalt

Der angemessene Selbstbehalt beträgt gegenüber den Eltern des Unterhaltspflichtigen 1.800 EUR zuzüglich der Hälfte des darüber hinausgehenden bereinigten Einkommens. Darin ist ein Mietanteil (Warmmiete) von etwa 480 EUR enthalten.

21.4 Eheangemessener Selbstbehalt und Ansprüche aus § 1615I BGB

Der Selbstbehalt gegenüber dem getrennt lebenden und geschiedenen Ehegatten (vgl. dazu BGH, FamRZ 2006, 683) beträgt in der Regel 1.200 EUR (billiger Selbstbehalt). Dieser Betrag gilt auch in den Fällen des § 1615I BGB (BGH, FamRZ 2005, 354).

21.5 Anpassung des Selbstbehalts

Der Selbstbehalt kann unterschritten werden, wenn der eigene Unterhalt des Pflichtigen ganz oder teilweise durch den Ehegatten gedeckt ist.

Der Selbstbehalt eines Unterhaltspflichtigen kann überdies um die durch eine gemeinsame Haushaltsführung eintretende Ersparnis, höchstens jedoch bis auf sein Existenzminimum nach sozialhilferechtlichen Grundsätzen herabgesetzt werden (vgl. BGH, FamRZ 2008, 594). Die Ersparnis kann regelmäßig mit 10 % für jeden volljährigen Partner der Haushaltsgemeinschaft in Ansatz gebracht werden (vgl. BGH, FamRZ 2012, 281 Rn. 46).

22. Bedarf des mit dem Unterhaltspflichtigen zusammenlebenden Ehegatten

Ist der Unterhaltspflichtige verheiratet, so richtet sich der Bedarf des mit ihm zusammenlebenden Ehegatten nach den ehelichen Lebensverhältnissen. Der Bedarf kann mit Rücksicht auf das Zusammenleben niedriger anzusetzen sein.

23. nicht belegt

24. Mangelfall

24.1 Grundsatz

Reicht der Betrag, der zur Erfüllung mehrerer Unterhaltsansprüche zur Verfügung steht (Verteilungsmasse), nicht aus, um den Unterhaltsbedarf aller Unterhaltsberechtigten zu decken, so ist der den Selbstbehalt übersteigende Betrag auf die Berechtigten unter Beachtung der Rangverhältnisse zu verteilen.

Der **Unterhaltsanspruch eines ehelichen Kindes** gegen seinen Vater, gegen den ein **nichteheliches Kind bereits einen Unterhaltstitel** erstritten hat, ist ebenso zu beurteilen **wie bei gleichzeitiger Entscheidung** über die Ansprüche aller Kinder. Der **Unterhaltsverpflichtete** ist gegebenenfalls darauf verwiesen, **Abhilfe im Wege der Abänderungsklage** nach § 323 ZPO zu suchen.

BGH, *Urteil* vom 18.03.1992 - XII ZR 1/91
 NJW 1992, 1624 = FamRZ 1992, 797, 798 f.

In welcher Höhe der **Unterhalt eines Kindes tituliert** ist, ist im Rahmen eines andere Unterhaltsansprüche betreffenden Rechtsstreits **im Regelfall ohne Bedeutung**, weil davon ausgegangen werden kann, dass bei Abweichungen von der materiellen Rechtslage die **Abänderung des Titels möglich** ist.

BGH, *Urteil* vom 22.01.2003 – XII ZR 2/00
 NJW 2003, 1112, 1115 = FamRZ 2003, 363, 367

Müssen von **konkurrierenden gleichrangigen Kindesunterhaltsverpflichtungen** einzelne gemäß **§ 1613 Abs. 1 BGB** nicht mehr erfüllt werden, steht dieses Geld im Sinne des § 1603 Abs. 2 Satz 1 BGB für anderweitigen Mindestkindesunterhalt zur Verfügung. Dies gilt auch, soweit sich auf der Grundlage konkreter Umstände für die Zukunft **prognostizieren** lässt, dass einzelne gleichrangige Kindesunterhaltsansprüche **nicht geltend gemacht** werden.

BGH, *Beschluss* vom 22.5.2019 – XII ZB 613/16
 NZFam 2019, 713 = BeckRS 2019, 15492 = FamRZ 2019, 1415

24.2 Einsatzbeträge

Die Einsatzbeträge für minderjährige unverheiratete und ihnen gleichgestellte volljährige Kinder entsprechen den Tabellenbeträgen der ersten Einkommensgruppe der Tabelle in Anlage I abzüglich des nach § 1612b Abs. 1 BGB zur Bedarfsdeckung zu verwendenden Kindergeldes.

24.3 Berechnung

Bei der Mangelverteilung errechnet sich der gekürzte Unterhaltsanspruch aller gleichrangigen Unterhaltsberechtigten aus dem Quotienten von Verteilungsmasse und Summe der Einsatzbeträge, multipliziert mit dem jeweiligen Einsatzbetrag.

Themen außerhalb der Gliederung der Leitlinien

1. Unterhalt für die Vergangenheit

Eine In-Verzug-Setzung durch **Mahnung** erfordert ein unbedingtes, genaues und **eindeutiges Zahlungsverlangen**. Ausnahmsweise kann auch ohne konkrete Angabe eines Betrags eine wirksame Mahnung vorliegen, wenn nach den gesamten Umständen des Falles für den Schuldner klar ist, welchen Unterhalt der Gläubiger von ihm fordert. Nicht ausreichend ist, wenn dem Pflichtigen das Kindesalter und das eigene Nettoeinkommen bekannt sind, ihn darauf zu verweisen, den **Kindesunterhalt** unter Inanspruchnahme fachkundiger Hilfe oder Beratung ziffermäßig **selbst zu ermitteln** oder über die Düsseldorfer Tabelle den Mindestunterhalt festzustellen.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 20.01.2015 - 10 UF 121/14
BeckRS 2016, 08361

Die **Rechtswahrungsanzeige** bzw. die Übergangsmitteilung des **Leistungsträgers** reicht allein nicht aus, um dem Umstandsmoment der Verwirkung dauerhaft begegnen zu können. Es trifft zwar zu, dass die Rechtswahrungsanzeige Rechtsfolgen wie eine Mahnung herbeiführt und eine der **Mahnung vergleichbare Warnfunktion** hat. Doch ebenso wie vor längerer Zeit angemahnter Unterhalt **nach § 242 BGB verwirken** kann, gilt dies auch für Unterhalt, der durch Rechtswahrungsanzeige auf einen Leistungsträger übergegangen ist.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 06.05.2016 - 10 UF 131/15
NJW-RR 2016, 1224 = FamRZ 2016, 1777

Hinsichtlich der Verwirkung, also der Frage, ob sich die Geltendmachung rückständigen Unterhalts unter dem Gesichtspunkt **illoyal verspäteter Rechtsausübung** nach **Treu und Glauben** gemäß § 242 BGB als unzulässig darstellt, bedarf es des Zeit- und des Umstandsmoments.

Vgl. Wendl/Gerhardt, Das Unterhaltsrecht in der familienrichterlichen Praxis, 9. Aufl., § 6 Rn. 142 ff.

Der Verpflichtete trägt die **Beweislast** für die Voraussetzungen der Verwirkung. Der Gläubiger aber ist darlegungspflichtig dafür, wann und wie er den Anspruch geltend gemacht hat.

Palandt/Grüneberg, BGB, 76. Aufl., § 242 Rn. 96

Beim Unterhalt sind an das **Zeitmoment** keine großen Anforderungen zu stellen. Das Zeitmoment kann bereits für Zeitabschnitte, die mehr als **ein Jahr** vor Rechtshängigkeit der Klage oder einem erneuten Tätigwerden liegen, bejaht werden.

BGH, FamRZ 1988, 370, 372 f.; FamRZ 2007, 453 ff. Rn. 22

BGH, Urteil vom 10. 12. 2003 - XII ZR 155/01
NJW-RR 2004, 649, 650 = FamRZ 2004, 531

Da ein Unterhaltsanspruch nicht verwirkt sein kann, bevor er überhaupt fällig geworden ist, müssen gegebenenfalls die in Frage kommenden **Zeitabschnitte** gesondert betrachtet werden.

BGH, FamRZ 1988, 370

Neben dem Zeitmoment kommt es für die Verwirkung auf das **Umstandsmoment** an, das heißt, es müssen besondere Umstände hinzutreten, aufgrund deren sich der Unterhaltsverpflichtete nach Treu und Glauben darauf einrichten durfte und eingerichtet hat, dass der Unterhaltsberechtigte sein Recht nicht mehr geltend machen werde.

BGH, FamRZ 1988, 370, 373

Das **bloße Unterlassen der Geltendmachung** des Unterhalts oder der Fortsetzung einer begonnenen Geltendmachung kann das **Umstandsmoment** der Verwirkung **nicht begründen**.

BGH, Beschluss vom 31.1.2018 – XII ZB 133/17
NJW 2018, 1013 = FamRZ 2018, 589

OLG Brandenburg Beschl. v. 19.12.2018 – 9 UF 126/16,
BeckRS 2018, 35281 = FamRZ 2019, 1139

Dessen ungeachtet kann es Einzelfall bezogen auch weiterhin zu einer Verwirkung des Unterhalts gemäß § 242 BGB kommen. Möglicherweise würde der BGH folgende Entscheidung, die unter Berücksichtigung seiner aktuellen Rechtsprechung ergangen ist, nicht beanstanden:

Auch ein **rechtshängiger** (hier: nahehehlicher) **Unterhaltsanspruch** kann verwirkt werden. Das Zeitmoment der Verwirkung ist jedenfalls bei einem **fast dreijährigen Verfahrensstillstand** erfüllt. Die **Untätigkeit des Unterhaltsgläubigers in einem derart langen Zeitraum** darf bei dem Unterhaltsschuldner den Eindruck erwecken, der Unterhaltsanspruch werde trotz Rechtshängigkeit des Verfahrens nicht weiterverfolgt. Insoweit ist jedenfalls das **Umstandsmoment** der Verwirkung erfüllt, **wenn das Gericht erkennbar nicht gewillt** ist, dem Verfahren Fortgang zu geben, der Antrag des Unterhaltsgläubigers auf Verfahrenskostenhilfe noch nicht beschieden ist und die **Erfolgsaussicht des Unterhaltsanspruchs unsicher** ist (hier: wegen des Einwands, die Unterhaltsgläubigerin habe in einer verfestigten Lebensgemeinschaft gelebt).

OLG Düsseldorf, Beschluss vom 13.6.2018 – 8 UF 217/17
NJW 2018, 2805 = FamRZ 2018, 1586 LS

2. Unterhalt bei erweitertem Umgang und Wechselmodell

a) Umgangskosten allgemein

Grundsätzlich hat der Umgangsberechtigte die üblichen **Kosten**, die ihm bei der Ausübung des Umgangsrechtes entstehen, wie Fahrt-, Übernachtungs-, Verpflegungskosten und Ähnliches, **selbst zu tragen** und kann sie weder unmittelbar im Wege einer Erstattung noch mittelbar im Wege einer Einkommensminderung geltend machen. Das gilt grundsätzlich sowohl gegenüber dem unterhaltsberechtigten Kind als auch gegenüber dem unterhaltsberechtigten Ehegatten.

BGH, Urteil vom 9.11.1994 - XII ZR 206/93
NJW 1995, 717 = FamRZ 1995, 539

Beim Ausgleich zwischen Sorge- und Umgangsrecht müssen die Gerichte auch beachten, ob die konkrete Umgangsregelung im Einzelfall dazu führt, dass der **Umgang** für den nicht sorgeberechtigten Elternteil unzumutbar und damit **faktisch vereitelt** wird. Wenn der Umgang auf Grund der unterschiedlichen Wohnorte der Eltern nur unter einem erheblichen **Zeit- und Kostenaufwand** ausgeübt werden kann, obliegt es den Gerichten zu prüfen, ob der sorgeberechtigte Elternteil anteilig zur Übernahme an dem für das Holen und Bringen der Kinder zur Ausübung des Umgangsrechts erforderlichen zeitlichen und organisatorischen Aufwand zu verpflichten ist.

BVerfG, Beschluss vom 5. 2. 2002 - 1 BvR 2029/00
 NJW 2002, 1863 = FamRZ 2002, 809

Das gilt grundsätzlich auch dann, wenn die hohen Umgangskosten auf den **Wegzug des umgangsberechtigten Elternteils** zurückzuführen sind.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 15. 10. 2009 - 9 UF 61/09
 NJW-RR 2010, 148

Der **Umfang der Mitwirkungs- und Kostentragungspflichten** des Obhutselternteils kann aber davon abhängen, ob er oder der umgangsberechtigte Elternteil durch Umzug die hohen mit dem Umgang verbundenen Belastungen verursacht hat.

Vgl. OLG Brandenburg, Beschluss vom 22.5.2008 – 10 UF 119/07, BeckRS 2008, 11679 einerseits und OLG Brandenburg, Beschluss vom 05.09.2011 - 10 UF 239/10 andererseits

Das **Unterhaltsrecht** darf dem Unterhaltspflichtigen nicht die Möglichkeit nehmen, sein Umgangsrecht zur **Erhaltung der Eltern-Kind-Beziehung** auszuüben. Deshalb sind die damit verbundenen Kosten unterhaltsrechtlich zu berücksichtigen, wenn und soweit sie nicht anderweitig, insbesondere nicht aus dem anteiligen Kindergeld, bestritten werden können.

BGH, Urteil vom 21. 12. 2005 - XII ZR 126/03 Rn 21
 FamRZ 2006, 1015 = NJW 2006, 2258

Die angemessenen Kosten des Umgangs eines barunterhaltspflichtigen Elternteils mit seinem Kind können dann zu einer maßvollen **Erhöhung des Selbstbehalts** oder einer entsprechenden **Minderung des** unterhaltsrelevanten **Einkommens** führen.

BGH, Urteil vom 23.2.2005 - XII ZR 56/02
 NJW 2005, 1493 = FamRZ 2005, 706

Soweit es um die Heranziehung des anteiligen **Kindergeldes** zur Bestreitung der Umgangskosten geht, ist die veränderte Systematik auf Grund der Unterhaltsrechtsreform zum 1.1.2008, § 1612b BGB nF, zu beachten.

Klinkhammer, in: Wendl/Dose, Das Unterhaltsrecht in der familienrichterlichen Praxis, 8. Auflage, § 2 Rn 272

b) Unterhalt bei erweitertem Umgang

Es **bleibt bei der Rechtsprechung**, wonach sich an der aus dem Schwergewicht der Betreuung durch einen Elternteil folgenden Aufteilung zwischen Bar- und Betreuungsunterhalt nichts ändert, wenn der barunterhaltspflichtige Elternteil seinerseits Betreuungs- und Versorgungsleistungen erbringt, selbst wenn dies im Rahmen eines über das **übliche Maß hinaus wahrgenommenen Umgangsrechts** erfolgt, dessen Ausgestaltung sich bereits einer Mitbetreuung annähert. Wenn und soweit der andere Elternteil gleichwohl die **Hauptverantwortung** für ein Kind trägt, muss es dabei bleiben, dass dieser Elternteil seine Unterhaltspflicht iSd § 1606 Abs. 3 Satz 2 BGB durch die Pflege und Erziehung des Kindes erfüllt.

BGH, Beschluss vom 5.11.2014 – XII ZB 599/13 Rn. 20
 NJW 2015, 331 = FamRZ 2015, 236

Im Rahmen des § 1629 Abs. 2 Satz 2 BGB kommt dem **zeitlichen Einsatz** der Eltern bei der Betreuung des Kindes eine besondere Bedeutung zu. Anknüpfend an den Normzweck der Vorschrift, die Einleitung von Sorgerechtsverfahren nur mit dem Ziel einer späteren Austragung von Unterhaltskonflikten möglichst zu vermeiden, wird ein Elternteil bereits dann als Träger der Obhut gesehen werden können, wenn bei diesem Elternteil ein **eindeutig feststellbares**, aber nicht notwendigerweise großes **Übergewicht** bei der tatsächlichen Fürsorge für das Kind vorliegt. Der **Zeitfaktor** hat mithin eine Indizwirkung.

OLG Frankfurt a. M., *Beschluss* vom 08.12.2016 - 1 UF 68/16
 BeckRS 2016, 122631 = FamRZ 2017, 891

Ein deutliches Schwergewicht der Mutter in der Betreuung ist gegeben, wenn sie das Kind - **auf den Monat betrachtet** - in der Regel **72 Stunden mehr**, in einem Monat aber auch 102 Stunden mehr betreut als der Vater.

OLG Frankfurt a. M., *Beschluss* vom 08.12.2016 - 1 UF 68/16
 BeckRS 2016, 122631 = FamRZ 2017, 891

Es kommt nicht darauf an, wie die **Tages- und Nachtbetreuung** des Kindes sich verteilt, wenn mit Blick auf das **Alter des Kindes** innerhalb von 24 Stunden **in jeder Phase Betreuungsbedarf** entstehen kann.

OLG Frankfurt a. M., *Beschluss* vom 08.12.2016 - 1 UF 68/16
 BeckRS 2016, 122631 = FamRZ 2017, 891

Es sollte - unabhängig vom gelebten Betreuungsmodell - ohnehin **üblich** sein, dass **beide Elternteile** bei bestehender **gemeinsamer elterlicher Sorge** einvernehmlich als **Ansprechpartner** für die **Kindertagesstätte** zur Verfügung stehen und einvernehmlich an entsprechenden **Terminen teilnehmen**, ohne dass deswegen von einem paritätischen Wechselmodell auszugehen wäre.

OLG Frankfurt a. M., *Beschluss* vom 08.12.2016 - 1 UF 68/16
 BeckRS 2016, 122631 = FamRZ 2017, 891

Der einen Elternteil infolge des **erweiterten Umgangsrechts** treffenden finanziellen **Mehrbelastung** kann dadurch Rechnung getragen werden kann, dass im Hinblick auf die von ihm getätigten Aufwendungen eine **Herabstufung** um eine oder mehrere Einkommensgruppen der **Düsseldorfer Tabelle** erfolgt.

BGH, Beschluss vom 12.3.2014 – XII ZB 234/13
 NJW 2014, 1958 = FamRZ 2014, 917

OLG Frankfurt a. M., *Beschluss* vom 08.12.2016 - 1 UF 68/16
 BeckRS 2016, 122631 = FamRZ 2017, 891

Der auf diesem Weg nach den Tabellensätzen der Düsseldorfer Tabelle ermittelte **Unterhaltsbedarf** kann (**weitergehend**) **gemindert** sein, wenn der barunterhaltspflichtige Elternteil dem Kind im Zuge seines erweiterten Umgangsrechts Leistungen erbringt, mit denen er den Unterhaltsbedarf des Kindes **auf andere Weise** als durch Zahlung einer Geldrente teilweise **deckt**.

BGH, Beschluss vom 12.3.2014 – XII ZB 234/13 Rn. 38
 NJW 2014, 1958 = FamRZ 2014, 917

Dass der **Unterhalt weitergehend gemindert** sein könnte, weil der barunterhaltspflichtige Elternteil dem Kind im Zuge seines erweiterten Umgangsrechts Leistungen erbringt, mit denen er den **Unterhaltsbedarf** des Kindes **auf andere Weise** als durch Zahlung einer Geldrente teilweise **deckt**, muss im Einzelnen **dargetan** werden.

OLG Frankfurt a. M., *Beschluss* vom 08.12.2016 - 1 UF 68/16
 BeckRS 2016, 122631 = FamRZ 2017, 891

Die **Herabgruppierung** eines Unterhaltsschuldners innerhalb der **Düsseldorfer Tabelle** wegen Umgangskosten kommt erst in Betracht, wenn und soweit sich ein **weit über das übliche Maß hinausgehender Umgang** nach seiner konkreten Ausgestaltung bereits weitgehend einer Mitbetreuung annähert.

OLG Brandenburg, *Beschluss* vom 29.09.2016 - 13 UF 204/14
 BeckRS 2016, 117853 = FamRZ 2017, 1135 L

Haben die Parteien eines **Vergleichs** eine **Herabstufung** um eine Einkommensgruppe für angemessen erachtet, obwohl dabei der **Bedarfskontrollbetrag** des Unterhaltspflichtigen deutlich überschritten wurde, sind sie an diesen Vertragsmaßstab grundsätzlich **gebunden**.

OLG Brandenburg, *Beschluss* vom 29.09.2016 - 13 UF 204/14
 BeckRS 2016, 117853 = FamRZ 2017, 1135 L

c) Unterhalt beim Wechselmodell

Die im Rahmen eines **Wechselmodells** von einem Elternteil geleistete Kinderbetreuung kann **nicht** zur **Befreiung von** seiner **Barunterhaltspflicht** führen. Im Fall des Wechselmodells haben beide Elternteile für den Barunterhalt einzustehen. Der **Unterhaltsbedarf** bemisst sich nach dem **beiderseitigen Einkommen** der Eltern und umfasst außerdem die infolge des Wechselmodells entstehenden **Mehrkosten** (vor allem Wohn- und Fahrtkosten).

BGH, Beschluss vom 5.11.2014 – XII ZB 599/13 Rn. 16-18
 NJW 2015, 331 = FamRZ 2015, 236

BGH, *Beschluss* vom 11.01.2017 - XII ZB 565/15
BeckRS 2017, 101236

Der dem Kind von einem Elternteil während dessen Betreuungszeiten im Wechselmodell geleistete **Naturalunterhalt** führt nicht dazu, dass ein Barunterhaltsanspruch nicht geltend gemacht werden kann. Der geleistete Naturalunterhalt ist vielmehr nur als **(teilweise) Erfüllung** des Unterhaltsanspruchs zu berücksichtigen.

BGH, *Beschluss* vom 11.01.2017 - XII ZB 565/15
BeckRS 2017, 101236

Der **Unterhaltsanspruch** kann in zulässiger Weise vom Kind **gegen den besser verdienenden Elternteil** geltend gemacht werden. Dass er sich auf den Ausgleich der nach Abzug von den Eltern erbrachter Leistungen verbleibenden **Unterhaltungsspitze** richtet, macht ihn nicht zu einem - nur zwischen den Eltern bestehenden - **familienrechtlichen Ausgleichsanspruch**.

BGH, *Beschluss* vom 11.01.2017 - XII ZB 565/15
BeckRS 2017, 101236

Das **Kindergeld** ist auch im Fall des Wechselmodells **zur Hälfte auf den Barbedarf** des Kindes **anzurechnen**. Der **auf die Betreuung entfallende Anteil** ist zwischen den Eltern **hälftig** auszugleichen. Der Ausgleich kann in Form der **Verrechnung** mit dem Kindesunterhalt erfolgen.

BGH, *Beschluss* vom 11.01.2017 - XII ZB 565/15
BeckRS 2017, 101236

BGH, *Beschluss* vom 20.4.2016 – XII ZB 45/15
NJW 2016, 1956 = FamRZ 2016, 1053

Die Folgen dieser Rechtsprechung können nach **Seiler**, FamRZ 2016, 1057 mit folgendem **Berechnungsbeispiel** verdeutlicht werden:

*V und M praktizieren das Wechselmodell für ihre achtjährige Tochter, die die dritte Grundschulklasse besucht. M erhält das Kindergeld (derzeit: 190 €). V hat ein mtl. Netto von 3.000 €, die M 2.000 €. **Mehrkosten** Wechselmodell: zusätzliches Zimmer bei beiden Elternteilen; dieses kostet jeweils 50 € (beim Residenzmodell würde nur bei einem Ehegatten ein Kinderzimmer berücksichtigt werden); 30 € für zusätzliche Fahrtkosten zwischen den Eltern (V zahlt). **Mehrbedarf**: sportliche Aktivitäten 30 € (V zahlt) und Klavierunterricht 50 € (M zahlt) Wer schuldet Kindesunterhalt in welcher Höhe?*

Lösung:

1. Bedarf des Kindes

Ausgangspunkt ist immer der Gesamtbedarf des Kindes, der sich aus Regelbedarf, Mehrkosten (des Wechselmodells) und Mehrbedarf zusammensetzt (s. BGH, Rz. 16).

*Der Regelbedarf nach der **Düsseldorfer Tabelle** (1.1.2016) Einkommensgruppe 10 (3.000 € + 2.000 €), Altersstufe 2 beträgt 615 € abzüglich 95 € Kindergeld = 520 €. **Mehrkosten** (des Wechselmodells): Wohnen – da beim Residenzmodell nur ein Zimmer*

mit 50 € anfallen würde, bietet es sich an, dass bei beiden Ehegatten jeweils 25 € als Mehrkosten für Wohnkosten angesetzt werden sowie die 30 € für die zusätzlichen Fahrtkosten. **Mehrbedarf** 30 € (sportliche Aktivitäten) + 50 € (Klavierunterricht).

Der Gesamtbedarf beträgt somit 680 €.

2. Aufteilung (§ 1606 Abs. 3 S. 1 BGB)

Haftungsanteil V: $(3.000 \text{ €} \text{ ./. } 1.300 \text{ €}) : (5.000 \text{ €} \text{ ./. } 2.600 \text{ €}) \times 680 \text{ €} = 482 \text{ €}$.

Haftungsanteil M: $(2.000 \text{ €} \text{ ./. } 1.300 \text{ €}) : (5.000 \text{ €} \text{ ./. } 2.600 \text{ €}) \times 680 \text{ €} = 198 \text{ €}$.

Ergebnis: V schuldet daher 482 € (71 %) vom Kindesunterhalt, M 198 € (29 %).

Sofern man von einer Verrechnung der geleisteten Zahlungen unter Berücksichtigung des Kindergeldes ausgeht, stellt sich die Frage, wer letztlich wem einen Ausgleich schuldet.

Da die Hälfte des Kindergeldes für den Barbedarf vorweg abgezogen wird, erhält der besser verdienende Elternteil entsprechend der Haftungsquote (§ 1606 Abs. 3 S. 1 BGB) 71 % und der schlechter verdienende Elternteil 29 % des hälftigen Kindergeldes (siehe Entscheidung des BGH, Rz. 29): 71 % von 95 € = 67 €; 29 % von 95 € = 28 € (ein Ausgleich dieses Kindergeldanteils erfolgt aber in der Regel nicht, da bei Kenntnis der Einkommensverhältnisse eine Gesamtabrechnung über den unterhaltsrechtlichen Ausgleich möglich ist – siehe unten 3. – 5. –, BGH, Rz. 29 a. E.).

3. Anrechnung erbrachter Leistungen/Kindergeld

V: $482 \text{ €} - 25 \text{ €} - 30 \text{ €} - 30 \text{ €} = 397 \text{ €}$.

M: $198 \text{ €} - 25 \text{ €} - 50 \text{ €} + 95 \text{ €}$ (= die Hälfte des Kindergeldes für den Barbedarf wurde an M ausgekehrt) = 218 €.

4. Ausgleichszahlung V an M

$(397 \text{ €} \text{ ./. } 218 \text{ €}) : 2 = 89,50 \text{ €}$. Weiter hat M dem V 47,50 € (= die Hälfte des hälftigen Kindergeldes für den Betreuungsbedarf) zu geben: $89,50 \text{ €} - 47,50 \text{ €} = 42 \text{ €}$.

5. Ergebnis

V hat an M 42 € als Ausgleichszahlung zu leisten.

Vgl. zu den Berechnungsmöglichkeiten aber auch Wegener, FamRZ 2019, 1021

Beim Vorliegen eines Wechselmodells ist es nicht ausgeschlossen, einen Anspruch auf **Auskehrung des Kindergelds selbstständig geltend** zu machen, wenn und solange es an einem unterhaltsrechtlichen Gesamtausgleich zwischen den Eltern fehlt.

BGH, Beschluss vom 20.4.2016 – XII ZB 45/15
NJW 2016, 1956 = FamRZ 2016, 1053

3. Unterhaltsverfahren

a) Abänderungsverfahren

aa) Abänderung einer gerichtlichen Entscheidung

Ein **minderjähriges Kind** hat einen Anspruch auf die Errichtung eines **unbefristeten Titels** über zu zahlenden Kindesunterhalt, also eines Titels, der nicht auf die Zeit der Minderjährigkeit begrenzt ist.

OLG Bamberg Beschl. v. 14.5.2018 – 2 UF 14/18
BeckRS 2018, 22615 = FamRZ 2019, 30

Bei **mehreren vorausgegangenen (Abänderungs-)Entscheidungen** ist auf die im letzten Abänderungsverfahren ergangene Entscheidung abzustellen.

BGH Beschl. v. 11.4.2018 – XII ZB 121/17 Rn. 11
BeckRS 2018, 7550 = NJW 2018, 1753 = FamRZ 2018, 914

Die Zulässigkeit des Abänderungsantrags wegen **tatsächlicher Änderungen** setzt den Vortrag von grundsätzlich unterhaltsrelevanten Tatsachen voraus, die erst **nach Schluss der Tatsachenverhandlung des letzten Verfahrens eingetreten** sind. Erweist sich das Vorbringen des Antragstellers als unrichtig oder ist die sich daraus ergebende Änderung nur unwesentlich, so ist der Abänderungsantrag unbegründet

BGH Beschl. v. 11.4.2018 – XII ZB 121/17 Rn. 11
BeckRS 2018, 7550 = NJW 2018, 1753 = FamRZ 2018, 914

Ist das Abänderungsverfahren eröffnet, so ermöglicht es weder eine **freie**, von der bisherigen Höhe unabhängige **Neufestsetzung** des Unterhalts noch eine abweichende Beurteilung derjenigen Verhältnisse, die bereits **in der Vorentscheidung eine Bewertung erfahren** haben. Darüber hinaus bleiben im Abänderungsverfahren auch solche im Ausgangsverfahren schon entscheidungserheblichen Umstände unberücksichtigt, die seinerzeit von den Beteiligten **nicht vorgetragen oder vom Gericht übersehen** wurden. Denn auch eine **Korrektur von Fehlern** der rechtskräftigen Entscheidung ist im Abänderungsverfahren nicht zulässig. Einer Fehlerkorrektur steht vielmehr die Rechtskraft der Vorentscheidung entgegen, deren Durchbrechung nur insoweit gerechtfertigt ist, als sich die maßgeblichen Verhältnisse nachträglich verändert haben. Zudem kann sich aus der vorausgegangenen (Abänderungs-) Entscheidung ergeben, dass das Gericht dieser bewusst und im Einklang mit dem Entscheidungstenor **nur eine eingeschränkte Wirkung zumessen wollte**, was sich - wiederum ohne Rücksicht auf die Richtigkeit der Ausgangsentscheidung - auf den Umfang der Rechtskraft auswirken kann.

BGH Beschl. v. 11.4.2018 – XII ZB 121/17 Rn. 12
BeckRS 2018, 7550 = NJW 2018, 1753 = FamRZ 2018, 914

Ist ein Abänderungsantrag des Unterhaltsgläubigers auf Erhöhung des durch Urteil oder Beschluss titulierten Unterhalts **vollständig abgewiesen** worden, so kann ein späterer Abänderungsantrag des Unterhaltsschuldners auf Herabsetzung in zulässiger Weise auch auf solche **Tatsachen** gestützt werden, die schon im vorausgegangenen Abänderungsverfahren **zu berücksichtigen gewesen wären**.

BGH Beschl. v. 11.4.2018 – XII ZB 121/17 Rn. 17 f.
BeckRS 2018, 7550 = NJW 2018, 1753 = FamRZ 2018, 914

bb) Abänderung einer Jugendamtsurkunde

Bei einer nach §§ 59 Abs. 1 Nr. 3, 60 SGB VIII errichteten **Jugendamtsurkunde** handelt es sich um einen Vollstreckungstitel im Sinne von **§ 239 Abs. 1 Satz 1 FamFG**. Die Abänderung der Urkunde ist zulässig, sofern der Abänderungsantragsteller Tatsachen vorträgt, welche die Abänderung rechtfertigen (§ 239 Abs. 1 Satz 2 FamFG). Der Umfang der Abänderung dieser Urkunde richtet sich gemäß § 239 Abs. 2 FamFG nach **materiellem Recht**.

BGH, Beschluss vom 07.12.2016 – XII ZB 422/15 Rn. 22
BeckRS 2016, 112455

Beruhet die Erstellung einer vollstreckbaren Jugendamtsurkunde auf einer vorherigen Unterhaltsvereinbarung, sind beide Beteiligte an die vereinbarten Grundlagen der Unterhaltsbemessung gebunden mit der Folge, dass im Rahmen der Abänderung daher stets der **Inhalt der Vereinbarung zu wahren** ist. Dann kommt eine Abänderung der Urkunde - und zwar für beide Beteiligte - nur in Betracht, wenn dies wegen nachträglicher Veränderungen nach den Grundsätzen über die Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB) geboten ist.

BGH, Beschluss vom 07.12.2016 – XII ZB 422/15 Rn. 24
BeckRS 2016, 112455

Dies betrifft **drei Fälle**:

- Die Beteiligten haben sich schon **im Voraus** darüber **geeinigt**, dass ein bestimmter Unterhalt als Gesamtunterhalt zu zahlen ist und dass dieser in einer **Jugendamtsurkunde tituliert** wird.
- Ein Unterhaltsberechtigter **verlangt** vom Unterhaltspflichtigen einen bestimmten Unterhalt als Gesamtunterhalt und dieser lässt ihm **daraufhin** eine **Jugendamtsurkunde** über den geforderten Betrag **erstellen**.
- Der Unterhaltspflichtige übermittelt dem Unterhaltsberechtigten eine **einseitig erstellte Jugendamtsurkunde** und der Unterhaltsberechtigte beschränkt sich nicht auf die bloße Entgegennahme der Urkunde und eines darin liegenden Schuldanerkenntnisses (§ 781 BGB), sondern er gibt darüber hinaus durch sein Verhalten unzweideutig zu erkennen, den vom Unterhaltspflichtigen einseitig titulierten Betrag als eine - auch für ihn bindende - vertragliche Festlegung des gesamten gesetzlichen Unterhaltsanspruchs **akzeptieren** zu wollen

BGH, Beschluss vom 07.12.2016 – XII ZB 422/15 Rn. 24
BeckRS 2016, 112455

Fehlt es hingegen an einem **Einvernehmen** der Beteiligten darüber, dass sich der gesamte Unterhaltsanspruch des Unterhaltsberechtigten in dem vom Unterhaltspflichtigen einseitig titulierten Betrag konkretisiert hat, kommt eine materiell-rechtliche Bindung an eine Geschäftsgrundlage nicht in Betracht. Der **Unterhaltsberechtigte** kann daher **ohne Bindung** an die vorliegende Urkunde im Wege des **Abänderungsantrags** eine Erhöhung des titulierten Unterhalts verlangen. Demgegenüber muss der **Unterhaltspflichtige** bei einer späteren Herabsetzung der Unterhaltspflicht die Bindungswirkung des mit der einseitigen

Erstellung der Jugendamtsurkunde regelmäßig verbundenen **Schuldanerkenntnisses** beachten. Der Unterhaltspflichtige kann sich im Rahmen eines Abänderungsverfahrens von dem einseitigen Anerkenntnis seiner laufenden Unterhaltspflicht nur dann **lösen**, wenn sich die maßgebenden rechtlichen und tatsächlichen **Verhältnisse** im Nachhinein so **verändert** haben, dass ihm die Zahlung des titulierten Unterhalts ganz oder zumindest teilweise **nicht mehr zuzumuten** ist.

BGH, Beschluss vom 07.12.2016 – XII ZB 422/15 Rn. 25
BeckRS 2016, 112455

Bestimmt sich die Unterhaltsbemessung im Abänderungsverfahren nach den Grundsätzen der **Störung der Geschäftsgrundlage** (§ 313 BGB), ist die Frage, ob eine solche Störung eingetreten ist, nach dem der ursprünglichen Unterhaltsvereinbarung zugrunde gelegten **Willen der Vertragsparteien** zu beurteilen. Dieser ist Geltungsgrund der Vereinbarung und entscheidet darüber, welche Verhältnisse zur Grundlage der Vereinbarung gehören und wie die Vertragsparteien diese Verhältnisse bewertet haben. Ist in den maßgeblichen Verhältnissen seit Abschluss der Vereinbarung eine Änderung eingetreten, so muss die danach gebotene **Anpassung** der getroffenen Regelung an die veränderten Verhältnisse **nach Möglichkeit unter Wahrung** der dem Parteiwillen entsprechenden **Grundlagen** erfolgen. Soweit diese sich allerdings **so tiefgreifend geändert** haben, dass dem Parteiwillen für die vorzunehmende Änderung **kein hinreichender Anhaltspunkt** mehr zu entnehmen ist, kann es in Betracht kommen, die Abänderung **ausnahmsweise ohne fortwirkende Bindung** an die nunmehr unbrauchbar gewordenen Grundlagen der abzuändernden Vereinbarung vorzunehmen und - im Falle einer vertraglichen Unterhaltsregelung - den Unterhalt **wie bei einer Erstfestsetzung** nach den gesetzlichen Vorschriften zu bemessen. Auch in solchen Fällen bleibt allerdings zu prüfen, ob der Vereinbarung **Elemente** entnommen werden können, die trotz der tiefgreifenden Änderung der Verhältnisse nach dem erkennbaren Parteiwillen **weiterwirken** sollen.

BGH, Beschluss vom 07.12.2016 – XII ZB 422/15 Rn. 29
BeckRS 2016, 112455

cc) Einvernehmliche Abänderung eines Unterhaltstitels

Die Beteiligten eines Unterhaltsverhältnisses sind nicht daran gehindert, im gegenseitigen **Einvernehmen** einen bestehenden **gerichtlichen oder urkundlichen Unterhaltstitel außegerichtlich** durch einen neuen Vollstreckungstitel im Sinne von § 794 Abs. 1 Nr. 5 ZPO zu **ersetzen**.

BGH, Beschluss vom 07.12.2016 – XII ZB 422/15 Rn. 7 ff.
BeckRS 2016, 112455

a.A. noch

OLG Brandenburg, Beschluss vom 26.05.2015 - 10 WF 43/15
BeckRS 2016, 08415 = NZFam 2016, 568 (Steiniger)

OLG Köln, Beschluss vom 31.03.2015 – 26 WF 7/15
FamRZ 2016, 1001
m. krit. Anm. Knittel, FamRZ 2016, 1794

Das **Einvernehmen** über die Ersetzung des Titels kann im Einzelfall auch **konkludent** hergestellt werden.

BGH, Beschluss vom 07.12.2016 – XII ZB 422/15 Rn. 13
BeckRS 2016, 112455

An die Feststellungen zum Vorliegen eines **Einvernehmens** der Beteiligten über die Ersetzung des bisherigen Titels sind **strenge Anforderungen** zu stellen, wenn die **Unterhaltsverpflichtung** in der neuen Jugendamtsurkunde **herabgesetzt** worden ist.

BGH, Beschluss vom 07.12.2016 – XII ZB 422/15 Rn. 12
BeckRS 2016, 112455

b) Übergang des Unterhaltsanspruchs auf einen öffentlichen Leistungsträger

Die **Rechtmäßigkeit der Leistung von Unterhaltsvorschuss** ist keine Voraussetzung für den Übergang des Unterhaltsanspruchs nach § 7 Abs. 1 S. 1 UVG, da er nur das zu zahlen hat, was er materiell-rechtlich schuldet.

OLG Brandenburg Beschl. v. 4.1.2018 – 9 UF 5/17
BeckRS 2018, 14074 = FamRZ 2018, 998

Ein **Anspruch auf UVG-Leistungen** besteht auch dann, wenn der betreuende Elternteil das mit familiengerichtlicher Genehmigung vereinbarte **paritätische Wechselmodell boykottiert**.

OLG Brandenburg Beschl. v. 4.1.2018 – 9 UF 5/17
BeckRS 2018, 14074 = FamRZ 2018, 998

Nach einer einschränkenden Auffassung erfolgt im Rahmen von **§ 33 Abs. 1 S. 2 SGB II** ein **zusätzlicher Anspruchsübergang** über die Beträge hinaus, die nach den Bescheiden ohnehin dem Kind zugedacht sind, nur in dem Umfang, in dem das **Kindergeld zur Verrechnung auf den Bedarf der übrigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft zur Verfügung** gestanden hätte.

so OLG Frankfurt, Beschluss vom 31.10.2014 – 6 UF 32/14
BeckRS 2015,07911

dahin tendierend wohl jetzt auch BGH, Beschluss vom 08.05.2019 – XII ZB 560/16
Rn.10 f., BeckRS 2019, 9552

noch ausdrücklich offengelassen von BGH, Urt. v. 11.01.2012 – XII ZR 22/10 Rn. 36
FamRZ 2012, 956

Dies ist zumindest **zweifelhaft**. Denn der **Wortlaut „unter Berücksichtigung von Kindergeld“ ist keineswegs eindeutig** und kann auch die Bedeutung haben, dass im Rahmen der Prüfung Einkommen auf Seiten des Kindes, das regelmäßig nur in Form von Kindergeld vorhanden ist, Berücksichtigung zu finden hat. Dass der Gesetzgeber eine Beschränkung des weiteren Anspruchsübergangs auf die Höhe des dem Kind zustehenden Kindergeldes beabsichtigt hat, findet in den Gesetzesmaterialien keinen eindeutigen Niederschlag.

OLG Brandenburg, Beschluss vom 21.06.2019 – 10 UF 99/18

Der Anspruchsübergang ist gemäß **§ 33 Abs. 2 S. 3 SGB II** ausgeschlossen, wenn und soweit Einkommen und Vermögen des Unterhaltspflichtigen das nach §§ 11 - 12 SGB II zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen nicht übersteigen; durch diese Vorschrift, die im Einzelfall eine **sozialrechtliche Vergleichsberechnung** erfordert, soll die unterhaltsverpflichtete Person in gleicher Weise wie der Leistungsempfänger geschützt und verhindert werden, dass der Unterhaltspflichtige durch den Rückgriff des Staates auf die Unterhaltsforderung des Leistungsempfängers nicht selbst zum Empfänger staatlicher Leistungen wird.

OLG Brandenburg Beschl. v. 19.12.2018 – 9 UF 126/16,
BeckRS 2018, 35281 = FamRZ 2019, 1139

Die Vorschrift des **§ 33 Abs. 2 Satz 3 SGB II** ist - ebenso wie § 33 Abs. 2 Satz 1, 2 SGB II - als **Ausschlussstatbestand** zu verstehen, der die in § 33 Abs. 1 Satz 1 SGB II angeordnete Rechtsfolge des Forderungsübergangs ganz oder teilweise wieder vernichtet und dessen tatsächliche Voraussetzungen daher nach den allgemeinen Regeln **von demjenigen darzulegen und zu beweisen** sind, der sich auf diese **für ihn günstige Ausnahmeregelung berufen will**.

BGH, Beschluss vom 08.05.2019 – XII ZB 560/16 Rn.17, 25
BeckRS 2019, 9552

Im vereinfachten Verfahren der **Umschreibung eines Unterhaltstitels auf den Träger der Grundsicherung** für Arbeitsuchende nach § 120 Abs. 1 FamFG i.V.m. **§ 727 ZPO** muss die Beachtung der Schuldnerschutzvorschrift des § 33 Abs. 2 S. 3 SGB II **nicht durch öffentliche** oder öffentlich beglaubigte **Urkunden nachgewiesen** werden muss; es genügt die **Versicherung** des Leistungsträgers, von den Voraussetzungen für eine bestehende oder drohende sozialrechtliche **Hilfebedürftigkeit** des Unterhaltsschuldners **keine Kenntnis** zu haben.

BGH, Beschluss vom 08.05.2019 – XII ZB 560/16
BeckRS 2019, 9552

Ein Ausschluss des Anspruchsübergangs nach § 33 Abs. 2 Satz 2 SGB II kann **bei laufender Zahlung von Unterhalt** erfolgen. Der Unterhaltsschuldner darf auch dann mit laufenden Zahlungen an den Berechtigten beginnen, wenn ihm die Gewährung von staatlichen Transferleistungen an den Unterhaltsgläubiger bekannt ist.

OLG Brandenburg Beschl. v. 19.12.2018 – 9 UF 126/16,
BeckRS 2018, 35281 = FamRZ 2019, 1139

c) Vollstreckung

Ob die Möglichkeit einer **Vorabentscheidung** des **Oberlandesgerichts** über die Anordnung der **sofortigen Wirksamkeit** nach § 120 I FamFG iVm **§ 718 ZPO** besteht, wenn das Amtsgericht in seiner Endentscheidung von der in **§ 116 III FamFG** vorgesehenen Möglichkeit der Anordnung der sofortigen Wirksamkeit abgesehen hat, ist streitig.

Vgl. OLG Karlsruhe, Beschluss vom 7.1.2019 – 20 UF 146/18
NJW-RR 2019, 581 = FamRZ 2019, 909

d) Vereinfachtes Verfahren

Allein der Umstand, dass das unterhaltsberechtigten Kind während eines von der Unterhaltsvorschusskasse betriebenen **vereinfachten Verfahrens** in den **Haushalt** des Unterhaltspflichtigen **wechselt**, lässt die **Zulässigkeit** dieses Verfahrens für Unterhaltsansprüche aus der Zeit **bis zum Obhutswechsel** unberührt.

BGH, *Beschluss* vom 1.3.2017 – XII ZB 2/16
 NJW-RR 2017, 705 = FamRZ 2017, 816

Ist der Unterhaltsschuldner im **vereinfachten Verfahren** nach seiner Auffassung insgesamt **nicht in der Lage, den Unterhalt zu bezahlen**, muss es ausreichen, dass er angibt, weder über Einkommen noch über Vermögen zu verfügen, das ihm eine Unterhaltszahlung erlaubt. Soweit in § 252 II FamFG in der Fassung ab 1.1.2017 weiterhin vorausgesetzt wird, dass der Antragsgegner **erklären müsse, inwieweit er zu Unterhaltsleistungen bereit** sei und dass er sich insoweit zur Erfüllung des Unterhaltsanspruchs verpflichte, kann sich dies denknotwendigerweise nur darauf beziehen, dass ein Unterhaltsschuldner **zum Teil leistungsfähig** ist.

OLG Bamberg, *Beschluss* vom 25.4.2017 – 2 WF 107/17
 NJW 2017, 2841 = FamRZ 2017, 1414

Im Übrigen ist mit §§ 252, 259 FamFG in der Fassung ab 1.1.2017 für die zulässige Erhebung von Einwendungen **kein Formularzwang mehr** gegeben. Die bloße Verwendung eines von § 259 FamFG nicht vorgesehenen Formblatts führt nicht dazu, dass dieses Formblatt **in bestimmter Art und Weise auszufüllen** ist. Maßgeblich für die Erhebung der Einwendungen ist ausschließlich die gesetzliche Regelung.

OLG Bamberg, *Beschluss* vom 25.4.2017 – 2 WF 107/17
 NJW 2017, 2841 = FamRZ 2017, 1414

Dem **Beschwerdegericht** ist, wenn mit der Beschwerde erfolgreich fehlende Leistungsfähigkeit eingewendet wurde, eine eigene **Sachentscheidung verwehrt**, da die Begründetheit der Einwendung der Leistungsunfähigkeit weder Gegenstand des vereinfachten Unterhaltsfestsetzungsverfahrens noch des Beschwerdeverfahrens ist. Die zulässige Erhebung von Einwendungen nach § 252 II–IV FamFG löst nur die Mitteilungspflicht nach § 254 FamFG aus, verbunden mit dem Hinweis, dass die Durchführung des streitigen Verfahrens möglich ist. Eine Entscheidung darüber, in welcher Höhe gegebenenfalls Unterhalt zu leisten ist, bleibt dem streitigen Verfahren vorbehalten, soweit dessen Durchführung innerhalb der Sechs-Monats-Frist des § 255 VI FamFG beantragt wird. Werden Einwendungen unzulässigerweise in erster Instanz nicht berücksichtigt, muss das Gleiche gelten. Dem Beschwerdegericht obliegt nicht eine Entscheidung darüber, die bereits das Gericht erster Instanz nicht treffen darf.

OLG Bamberg, *Beschluss* vom 25.4.2017 – 2 WF 107/17
 NJW 2017, 2841 = FamRZ 2017, 1414

e) Antragstellung und Tenorierung

Einem Unterhaltsvergleich, der mit einer **unbezifferten** Anrechnungsklausel (. . . **abzüglich geleisteter Zahlungen**) versehen ist, fehlt es an der ausreichenden Bestimmtheit. Aus ihm

kann die Zwangsvollstreckung nicht betrieben werden. Soweit aus diesem Titel Geldbeträge vollstreckt worden sind, sind diese nach den Grundsätzen der **ungerechtfertigten Bereicherung** herauszugeben.

OLG Schleswig, *Beschluss* vom 19.12.2016 – 10 UF 119/16
BeckRS 2016, 120781 = FamRZ 2017, 824

Sind bei einem Unterhaltsvergleich **auf Gläubiger- oder Schuldnerseite mehrere Personen** beteiligt, muss dem Titel genau zu entnehmen sein, **wer von wem welche Beträge** zu beanspruchen hat.

OLG Schleswig, *Beschluss* vom 19.12.2016 – 10 UF 119/16
BeckRS 2016, 120781 = FamRZ 2017, 824

f) Sofortige Wirksamkeit und Einstellung der Zwangsvollstreckung

Soweit die Endentscheidung eine Verpflichtung zur Leistung von Unterhalt enthält, soll das Gericht die **sofortige Wirksamkeit anordnen, § 116 Abs. 3 Satz 3 FamFG**. Die Ausgestaltung des § 116 Abs. 3 Satz 3 FamFG als **Sollvorschrift** bringt die Bedeutung des Unterhalts zur **Sicherung des Lebensbedarfs** zum Ausdruck. Dementsprechend sollen im Wesentlichen Entscheidungen über den **laufenden Unterhalt** für sofort wirksam erklärt werden. Entscheidungen über **länger zurückliegende Unterhaltsrückstände** sollen dagegen grundsätzlich erst mit Rechtskraft wirksam werden und damit auch erst zu diesem Zeitpunkt vollstreckbar sein.

BGH, *Beschluss* vom 1. 8. 2013 – VII ZB 1/13 Rn. 19
NJW 2013, 3584 = FamRZ 2013, 1731

g) Kostenentscheidung

Gemäß **§ 243 S. 1 FamFG**, der auch auf das **vereinfachte Verfahren** anzuwenden ist, entscheidet das Gericht in Unterhaltssachen abweichend von den entsprechenden Vorschriften der ZPO nach billigem Ermessen über die Verteilung der Kosten des Verfahrens auf die Beteiligten. Dabei sind nach Satz 2 bestimmte Umstände besonders zu berücksichtigen. Die Vorschrift enthält damit eine **Sonderregelung** für die Kostenverteilung in Unterhaltssachen. Durch das Wort „insbesondere“ wird klargestellt, dass die in den Nr. 1–4 aufgezählten Gesichtspunkte nicht abschließend sind. Insgesamt soll die **Kostenentscheidung** in Unterhaltssachen **flexibler und weniger formal** gehandhabt werden können, um namentlich dem – von der Streitwertermittlung nicht hinreichend zu erfassenden – **Dauercharakter der Verpflichtung** Rechnung tragen zu können. Auch wenn der Tatrichter grundsätzlich in der Bewertung frei ist, welche **Gewichtung** er den einzelnen **Kriterien** verleihen will und wie er damit letztlich die Kostenquote ermittelt, enthebt ihn das nicht seiner Verpflichtung, eine **umfassende Ermessensprüfung** anhand aller kostenrechtlich relevanten Umstände durchzuführen.

BGH, *Beschluss* vom 1.3.2017 – XII ZB 2/16 Rn. 24
NJW-RR 2017, 705 = FamRZ 2017, 816

Zwar verbietet es § 243 FamFG nicht, dass der Tatrichter im Einzelfall einem **einzigsten Abwägungskriterium** ein solches Gewicht beimisst, dass ein anderes im Rahmen der Kostenentscheidung dahinter zurückbleibt. Das setzt allerdings eine **nachvollziehbare Ermessensausübung** des Tatrichters voraus. Gründe, warum einem Umstand so viel

Gewicht beigemessen werden muss, dass das in § 243 S. 2 Nr. 1 FamFG genannte Verhältnis von **Obsiegen und Unterliegen** der Beteiligten **gänzlich außer Acht** zu bleiben hat, sind zu benennen.

BGH, *Beschluss* vom 1.3.2017 – XII ZB 2/16 Rn. 26
NJW-RR 2017, 705 = FamRZ 2017, 816

Das Beschwerdegericht kann es auch bei der **erstinstanzlichen Kostenentscheidung bewenden** lassen und hinsichtlich der Kostenentscheidung in der **Beschwerdeinstanz** eine entsprechende **Quotelung** nach Obsiegen und Unterliegen aussprechen.

BGH, *Beschluss* vom 1.3.2017 – XII ZB 2/16 Rn. 26
NJW-RR 2017, 705 = FamRZ 2017, 816

Der Elternteil, der trotz **Wechsels des Kindes in den Haushalt** des anderen Elternteils seinen **Antrag aufrechterhält**, ist regelmäßig nicht von den Kosten der zweiten Instanz komplett zu befreien, da es ihm unbenommen geblieben wäre, seinen Antrag für die Zeit **ab dem Obhutswechsel zurückzunehmen**.

BGH, *Beschluss* vom 1.3.2017 – XII ZB 2/16 Rn. 26
NJW-RR 2017, 705 = FamRZ 2017, 816